

Bernd Sösemann

Im Zwielight bürokratischer „Arisierung“



EditionAndreae

Bernd Sösemann
Im Zwielficht bürokratischer „Arisierung“

Bernd Sösemann

Im Zwielficht bürokratischer „Arisierung“

Der Kaiser Friedrich-Museums-Verein in Berlin
und seine jüdischen Mitglieder
in der NS-Diktatur

Berlin 2016

EditionAndreae

Zur Abbildung auf dem Umschlag:

Nach Alessandro Algardi (1598–1654), Das Wunder der Heiligen Agnes, Bronze-Relief, 80 x 54,5 cm, vom Kaiser Friedrich Museumsverein 1940 erworben, Kriegsverlust.

Das Wunder der Errettung der Heiligen Agnes vor der Schändung lässt die Legende unter den „fornices“ des Stadiums Domitians in der Unterkirche von S. Agnese in Piazza Navona stattfinden. Das Stück ist nach einem (nicht überlieferten) Modell des aus Bologna stammenden römischen Barockbildhauers Alessandro Algardi gegossen. Der sogenannte „modello in grande“ aus Stuck, nach Algardis Tod von seinen Schülern Domenico Guidi und Ercole Ferrata ausgeführt, befindet sich im Oratorio di San Filippo Neri in Rom. Zu einer Ausführung in Marmor für den Hochaltar von S. Agnese ist es nie gekommen.

Die Nachricht „Erworben 1940 aus dem Nachlass Anna Lessing, Berlin, Preis 800 RM“ legt einen Zusammenhang mit Julius Lessing (1843–1908), dem ehemaligen Direktor des Kunstgewerbemuseums und damit eine jüdische Provenienz nahe. Die Identität von Johanna Lessing, der Schwiegertochter Lessings, und Anna Lessing, aus deren Nachlass das Relief 1940 erworben wurde, lässt sich nach dem heutigen Stand des Wissens jedoch nicht mit Sicherheit bestätigen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Entnahme von Abbildungen, der Funksendung, der Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben vorbehalten.

Das Werk wurde mit größter Sorgfalt zusammengestellt, dennoch übernimmt der Verlag keine Haftung für inhaltliche und drucktechnisch bedingte Fehler.

ISBN: 978-3-86965-303-7

© 2016 Lexxion Verlagsgesellschaft mbH · Berlin
www.lexxion.de

Layout, Satz & Umschlag: tinahoffmann.eu, berlin



KAISER FRIEDRICH
MUSEUMSVEREIN

Jeder ehrenamtlich tätige Vorstand einer alten ehrwürdigen Gesellschaft, wie es der Kaiser Friedrich Museumsverein aufgrund seiner illustren Gründungsmitglieder und seiner mäzenatischen Leistungen ist, baut sein Bewusstsein auf Traditionen, Erinnerungen und umlaufende Erzählungen über seine Geschichte auf. Wir konzentrieren uns konzeptionell und finanziell auf die Förderung der Museen (Gemäldegalerie, Bode-Museum und Museum für Byzantinische Kunst) durch die Anschaffung bedeutender Kunstwerke, die Unterstützung wichtiger Ausstellungen und durch die Ausrichtung kunstbezogener Veranstaltungen.

Durch die inzwischen in Gang gekommene Auseinandersetzung von Unternehmen und Institutionen mit ihrer Vergangenheit während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft stellte sich auch uns die Frage, wie sich die Vereinsorgane in den Jahren von 1933 bis 1945 verhalten haben. Da jüdische Mitglieder unseren Verein über Jahrzehnte geprägt haben, wurde uns klar, dass dieser Umstand für diejenigen gravierende Folgen gehabt haben musste, die dem KFMV während der nationalsozialistischen Herrschaft angehörten. Deshalb wollten wir insbesondere wissen, wie unser Verein in jener Zeit mit seinen Mitgliedern jüdischer Herkunft umgegangen ist. Da die historischen Vereinsunterlagen nur fragmentarisch überliefert sind, entschloss sich der Vorstand zur Vergabe eines Forschungsauftrags an den renommierten Historiker, Prof. Dr. Bernd Sösemann, vom Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin. Wir sicherten ihm den uneingeschränkten Zugang zu allen vereinsinternen Unterlagen zu sowie ein unabhängiges Arbeiten und die nötige Finanzierung. Wir akzeptierten die sich bald als notwendig erweisende Ausdehnung des Arbeitsumfangs und Zeitraums vor 1933 und nach 1945. Diese Erweiterung konnte mit einem Zuschuss des Senats von Berlin finanziert werden. Dafür danken wir dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller und dem Kulturstaatssekretär Tim Renner.

Wir danken insbesondere Herrn Prof. Sösemann für seine intensive Aufdeckung aller erreichbaren Quellen. Auch in seinem Namen sagen wir Frau Dr. Petra Winter, der Leiterin des Zentralarchivs der Staatlichen Museen zu Berlin, unseren Dank für die Mithilfe bei der Aktenerschließung. Dem Lexxion Verlag, Herrn Wolfgang Andreae, sind wir für die verlegerische Unterstützung dankbar.

Die vorliegende Kurzfassung der Forschungsarbeit ist nicht nur für die Mitglieder unseres Vereins gedacht; sie kann auch von jedem Interessierten erworben werden. Soweit Nachfahren unserer früheren jüdischen Mitglieder bekannt sind oder werden, wollen wir ihnen diese Broschüre selbstverständlich zukommen lassen.

Das Verhalten unseres Vereins gegenüber seinen jüdischen Mitgliedern in fraglicher Zeit veranlasst uns, über die daraus folgenden Verpflichtungen nachzudenken. Wir hoffen zu der notwendigen Aufklärung beigetragen zu haben, die unser Verein leider bisher nicht geleistet hatte. Wir nehmen an, dass andere Fördervereine – soweit noch nicht geschehen – ebenfalls den Versuch machen, Licht in das Dunkel ihrer Vergangenheit zu bringen. Von den Museen in Berlin erhoffen wir dieses in besonderem Maße.

Vorstand



Dr. Tessen von Heydebreck
Vorsitzender



Dr. Gernot Gunther Moegelin
stellvertretender Vorsitzender

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort der Vorsitzenden des KFMV	5
Vorbemerkungen.....	9
A. Zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur	13
B. Eine glanzvolle Geschichte mit irritierenden Flecken	15
1. Wilhelm Bodes Vereinsgründung im Kaiserreich	15
2. Das politische und soziokulturelle Profil des Vereins	18
C. Die Neuorientierung nach 1930	25
1. Veränderungen in der Mitgliederstruktur während der Präsidialkabinette	25
2. Die autoritäre Vereinsführung durch Friedrich Schmidt-Ott ..	30
D. Der KFMV im Visier von Polizei, Staatspartei und Ministerium..	35
1. Die antijudaistischen Maßnahmen	35
2. Versuche einer Gratwanderung.....	39
3. Der Verein im politischen und gesellschaftlichen Netzwerk..	43
E. Das Schicksal der „jüdischen“ Mitglieder	47
1. Die offizielle Erklärung der „Judenreinheit“	47
2. Verfolgung und Vertreibung, Emigration und Tod	50
F. Maßnahmen im Krieg und Auflösungserscheinungen	55
G. Eine beklemmende Last und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung	61
H. Anhang	
1. Hauptdaten zur Vereinsgeschichte, 1886/1896–1955	65
2. Vorstände und Beigeordnete, 1930–1951.....	69
3. Archiv-, Quellen- und Literaturverzeichnis	71
4. Abbildungsnachweis.....	74

Vorbemerkungen

Aus Fragen nach der Geschichte eines Staates, einer Gesellschaft oder auch eines Vereins kann sich ein hochrangiges Identitätsprofil ergeben, wenn die präsentierten Antworten erschöpfend, umfassend belegt und plausibel sind. Das Aufklären schafft Sicherheit, begründet Souveränität und dient der Selbstvergewisserung. Empirisch gesicherte Auskünfte erlauben außerdem eine wirkungsvolle und authentische Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit. Von einer differenzierten Untersuchung des Vergangenen und offenen Auseinandersetzung mit den methodisch transparenten Erkenntnissen kann für die Mitglieder eines Vereins eine stark integrierende Kraft ausgehen. Sie wird sich selbst dann ergeben, wenn Mitglieder die Ergebnisse auf den ersten Blick nicht für uneingeschränkt „positiv“ halten sollten wie im Fall des hier untersuchten, am 28. April 1896 unter dem Namen *Museums-Verein* gegründeten *Kaiser Friedrich-Museums-Vereins in Berlin* (KFMV).¹

In den meisten Publikationen zur Geschichte des KFMV hat sich im Laufe der Jahrzehnte ein teilweise von Irrtümern und Auslassungen bestimmtes Bild von den Handlungen des Vereinsvorstands in der Endphase der Weimarer Republik und während der NS-Diktatur verfestigt. Die in dieser Vergangenheit erfolgten Verzeichnungen sind zwar nicht mehr rückgängig zu machen, doch im Anschluss an eine transparent gehandhabte Aufdeckung ist es möglich, sich mit dem bislang Verdrängten oder Verheimlichten offen, entschieden und glaubhaft auseinanderzusetzen. Damit schafft der Verein die Voraussetzung für eine kritische, historisch fundierte Standortbestimmung. Die Öffentlichkeit schätzt zu Recht eine selbstkritische Überprüfung von bislang Verborgenen und Verdrängtem höher ein, wenn sie nicht von außen angetrieben oder sogar erzwungen werden musste.

Im Mittelpunkt des aktuellen Interesses von Vereinsvorstand und Mitgliedern stehen das Schicksal der KFMV-Mitglieder jüdischer Herkunft im Kontext der rassistischen Politik der Nationalsozialisten und die politische, respektive moralische Verantwortung des Vereins, denn der KFMV verdankt dem Engagement dieser Gruppe seiner Mitglieder viel. Doch über ihr Schicksal in den Dreißiger- und Vierzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ist wenig bekannt. Da nicht einmal die politische und soziale Zusammensetzung der meisten Vorstände bekannt war und es an verlässlichen Mitgliederdaten mangelte, wurde bislang über die Motive zum Vereinsbei-

¹ In den historischen Dokumenten wird der KFMV „Kaiser-Friedrich-Museums-Verein“ oder „Kaiser Friedrich-Museums-Verein“ geschrieben. Die heutige Schreibweise der Gesellschaft lautet: „Kaiser Friedrich Museumsverein“.

tritt oder zur Kündigung einer Mitgliedschaft so gut wie nichts Tragfähiges gesagt.² KFMV-eigene Publikationen und Vorträge aus den letzten Jahren wiederholten bei wichtigen Ereignissen kaum mehr als Vermutungen. Sie setzten die Gründung des Vereins ein Jahr zu spät an, sodass die historische Bedeutung der Vorgänger-Institution, des *Museums-Vereins*, verblasste, nahmen an, dass durchgehend etwa die Hälfte der Mitglieder jüdischen Glaubens gewesen sei, und verkürzten die Amtszeit des einflussreichen Schriftführers um nahezu vierzehn Monate – für die zweite Hälfte der Dreißigerjahre ein bedeutendes Faktum. Es entspricht der Quellenlage genauso wenig, dass damals im Vereinsleben Standesdünkel, Intoleranz und Engstirnigkeit so gut wie bedeutungslos gewesen seien, sodass der KFMV bereits aufgrund dieser Einstellung von antijüdischen Verblendungen und antisemitischen Ausfällen frei gewesen sei. Auch die vom Vereinsvorstand nach 1945 gezielt verbreitete und von mindestens zwei Mitgliedern Anfang der Fünfzigerjahre notariell bekräftigte Behauptung, 1936 habe „die letzte Mitgliederversammlung“ stattgefunden, wurde zur Entlastung der Verantwortlichen noch lange kolportiert, obwohl auch sie einer unangreifbaren Grundlage entbehrt. Die Umstände der Verdrängung von Mitgliedern jüdischer Herkunft und die Hintergründe der Meldung des Vorsitzenden zur „Judenreinheit“ des Vereins blieben genauso ungeklärt wie Fragen nach dem Fortsetzen der Erwerbungs politik von Kunstobjekten, der Zielrichtung von Werbemaßnahmen, der politischen Orientierung oder nach der Nähe zur Regierung und NSDAP.³ Warum erwog der KFMV nicht spätestens nach 1936 den Rückzug in eine selbstverordnete Inaktivität, den Modus eines passiven Abwartens?

Vor diesem Hintergrund beschäftigte den heutigen Vereinsvorstand nicht allein die eher grundsätzliche Frage, wie viel Kenntnis der Historie nötig sei, um die Entwicklung und den (kultur-)politischen Standort des KFMV im ersten halben Jahrhundert seines Bestehens zu verstehen. Er stellte sich vielmehr auch der ungleich schwie-

² Die vom KFMV mit verantworteten Dokumentationen und Darstellungen thematisieren nahezu ausschließlich die Erwerbungs politik, die Kunstwerke und ihre kunsthistorische Bedeutung für die Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin. Dabei wird die NS-Zeit meistens übergangen oder lediglich mit Feststellungen erwähnt, die das Unbehagen zeigen, auf jenen Abschnitt der Vereinsgeschichte einzugehen. Die gedruckten Jubiläumsvorträge erinnern lediglich daran, dass „ein erheblicher Anteil jüdischer Mitbürger“ den KFMV geprägt habe. Oder es heißt im Juni 1972 empathielos und gestellt, dass sich dem Blick auf die Zeit vor 1945 „eine starke Reduktion an menschlicher Substanz“ offenbare (KFMV, Erwerbungen 1897–1972).

³ Dabei hatte man 2006 bereits lesen können: „Die Politik des Dritten Reiches brachte für die Berliner Museen weiteren Abstieg [...]. Der Kaiser Friedrich-Museums-Verein meldete 1938 seine ‚Judenfreiheit‘ [korrekt: Judenreinheit] – welch Schmach für eine Institution, deren Ruhm einst jüdische Sammler, vor allem James Simon, begründet hatten“ (Knopp, Einst, S. 14; die genauen bibliographischen Nachweise finden sich im Literaturverzeichnis. Die Archivalien werden aus Platzgründen nicht nachgewiesen).

rigeren Aufgabe einer wissenschaftlichen Darstellung der Jahre in der NS-Diktatur. Er wollte darüber aufgeklärt werden, ob und wie der Verein „jüdische“ Großindustrielle, Bankiers und Unternehmer sogleich ausgeschlossen oder sukzessive verdrängt habe. Und schließlich verlangte er über die Erwägungen orientiert zu werden, die nach 1945 dazu geführt hatten, das Schicksal der Zurückgewiesenen nicht einmal nachträglich offenzulegen. Deshalb haben die derzeit amtierenden Vorsitzenden, Dr. Tessen von Heydebreck und Dr. Gernot Moegelin, mich gebeten, die Geschichte des Vereins wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Das Hauptthema kristallisierte sich in mehreren Fragen heraus. Wie standen der Vorstand und die Mitglieder der Regierungsübergabe an die Hitler-Papen-Hugenberg-Koalition gegenüber? Wie reagierten sie auf die Etablierung der Alleinherrschaft Hitlers nach den Junimorden und dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg im Sommer 1934? Wie stellten sie sich zum Ausbau des NS-Terrorregimes? Traten KFMV-Mitglieder der NSDAP oder deren angegliederten Verbänden bei? Was ist über die politische Einstellung der Mitglieder bekannt und wie votierten die Mitgliederversammlungen? Wie traten, um die zentrale Frage zu formulieren, Vorstand und Mitglieder gegenüber den jahrzehntelang mit ihnen zusammenwirkenden Kunstliebhabern jüdischer Herkunft auf? In welchem Umfang zeigten sich – und wenn zutreffend, in welchem Umfang – antisemitische und rassistische Argumentations- und Verhaltensweisen? Änderte sich die Haltung Einzelner oder der Vereinsführung während des Krieges oder in der Endphase des Regimes?

Der vorliegende Überblick fasst die wichtigsten Forschungsergebnisse knapp zusammen. Er bietet nicht den Platz für die konzeptionellen und methodischen Erwägungen, die sich zusammen mit einer Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Forschung im ersten Kapitel des im Herbst 2015 dem Vereinsvorstand vorgelegten Gutachtens finden.⁴ Es ist jedoch unumgänglich, auch hier die Vorgänge im Verein, die Handlungen des Vorstands und die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen so weit wie möglich in ihrem historischen Kontext darzustellen. Die Formulierungen in den Dokumenten erschließen sich nur begrenzt aus dem reinen Wortsinn. Sie sind in die Voraussetzungen einzubetten und auf die Erwartungen der Adressaten hin zu untersuchen. Es müssen daher die Traditionen, in denen sich der KFMV sah, und das Selbstverständnis der Vorstandsmitglieder kritisch rekonstruiert werden. Dazu gehö-

⁴ Die dem Vorstand im Herbst 2015 übergebene Expertise gliedert sich in folgende Hauptabschnitte: Der Auftrag und seine Bearbeitung – *Erster Teil*: „Profil und Selbstverständnis“ – *Zweiter Teil*: „Die Unsicherheit eines Balanceakts“ mit drei Kapiteln – *Dritter Teil*: „Tradition und Kontinuität“ mit ebenfalls drei Kapiteln; beigefügt wurde noch ein Anhang mit „Ergänzenden Materialien“.

Diese Texte und Dokumente werden in einer vollständig überarbeiteten und erheblich erweiterten Form als Buch veröffentlicht: Mäzenatentum in Berlin. Der „Kaiser Friedrich Museumsverein“, 1896–1952 (Arbeitstitel).

ren vorrangig die Vorstellungen des Gründungs-Vorsitzenden, des Direktors der Skulpturenabteilung der Königlichen Museen, Wilhelm Bode (Abb. 1), die er an seinen Nachfolger weitergab. Im Fall der NS-Diktatur hat der Historiker es mehrheitlich mit Täter- und ungleich seltener mit Opferakten zu tun. Die Täter-Perspektive verzerrt alles: die Wahrnehmung der Fakten und ihre Priorität in der Bearbeitung und Darstellung, die Auswahl und Gewichtung der Informationen, die Bewertung der Vorgänge und ihre Vernetzung. Keine Quelle „spricht für sich“; die Dokumente geben lediglich Antworten auf die gestellten Fragen.



Abb. 1: Wilhelm Bode (1885–1929)

Für die Darstellung und Interpretation der Verhältnisse im Verein nach 1933 musste eine sichere Bezugsgröße in der vorangegangenen Zeit gefunden werden. Das Jahr 1928 bildet aus mehreren Gründen eine geeignete Referenz. Es rechnet gerade noch zu der ruhigeren Mittelphase der Weimarer Republik, auf die sich die wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen, unmittelbare Folgen der Weltwirtschaftskrise, noch nicht stark ausgewirkt hatten. 1928 liegt zeitlich auch vor den politischen Kampagnen der rechten Parteien gegen das *Young-Abkommen*, in denen Hugenbergs Medien die NSDAP reichsweit

bekannt machten, sowie vor den Präsidialkabinetten, die der SPD-Reichskanzlerschaft im Frühjahr 1930 nachfolgen und vier Monate später zu dem erdrutschartigen Wahlsieg der NSDAP führen sollten, der nicht nur die KFMV-Mitglieder jüdischer Herkunft verstörte.

A. Zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Diktatur

Historisch Interessierten ist bekannt, dass sich in den ersten Jahren nach 1945 lediglich eine verschwindend geringe Zahl von Institutionen sogleich um die Aufarbeitung ihrer unmittelbaren Vergangenheit bemüht hat. Offensichtlich bestand generell nur ein schwacher, aus tiefsitzender Scheu resultierender Impuls, sich mit den belastenden Ereignissen zu beschäftigen. Zu einer solchen Nachforschung waren Nachlebende erst bereit, als in den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts die Erkundung der allgemeinen Geschichte der NS-Diktatur unter dem Zeichen „Vergangenheitsbewältigung“ einsetzte. Diese Bemühungen erbrachten Ergebnisse auf einem so hohen Niveau, dass sie weltweit Beachtung fanden. Inzwischen ist die Forschungslage zur NS-Diktatur besser als zu allen anderen Epochen der deutschen Geschichte. Doch die NS-Vergangenheit von Ministerien wie dem der Finanzen oder des Auswärtigen, von Unternehmen wie *Bertelsmann*, *BMW* oder *Oetker* und von Institutionen wie der *Humboldt-Universität zu Berlin*, der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG), der *Göttinger Akademie der Wissenschaften* und der *Deutschen Orient-Gesellschaft* (DOG) oder kleinen Vereinen wie dem *Verein Berliner Künstler* oder der *Deutsch-Griechischen Gesellschaft* blieb bis zur Jahrtausendwende unbearbeitet. Es mangelt im Bereich der Staatlichen Museen zu Berlin, bei den Galerien und Sammlungen, Archiven und Bibliotheken an einer umfassenden Erschließung der Überlieferungen und einer systematischen Interpretation ihrer Geschichte in der Epoche der NS-Diktatur.⁵ Auf einer derartigen Grundlage wäre die Geschichte des KFMV leichter zu erkunden und einzuordnen gewesen.

Im KFMV nahmen Mitglieder jüdischer Herkunft zahlenmäßig und aufgrund ihrer überdurchschnittlich hohen finanziellen Beiträge eine bedeutende Position im langjährigen Prozess des Aufbaus und Gestaltens, des Entfaltens und des Unterhaltens der Kunstsammlungen ein.⁶ Sie bildeten keine homogene Gruppe, wurden aber nicht nur von Antisemiten als solche angesehen und oftmals als eine im Geheimen agierende „Sippschaft“ diffamiert. Die zu Beginn der Drei-

⁵ 2013 erschien ein anspruchsvoller Sammelband zu den „Staatlichen Sammlungen zu Berlin“ unter dem Titel „Zwischen Politik und Kunst“. Die Herausgeber, Jörn Grabowski und Petra Winter, weisen nachdrücklich auf die Unzulänglichkeit und auf gravierende Mängel der bisherigen Bearbeitungen. Mit ihren 24 Einzelfalluntersuchungen können sie jedoch nur Ansatzmöglichkeiten für die weitere Forschung benennen. Die Bedeutung des Antisemitismus, die Rolle der Museumsvereine, die Beschäftigung von Kriegsgefangenen oder „Fremdarbeitern“ bleiben ausgespart. – Ein älteres Werk, die „Geschichte des Vereins der Freunde der Nationalgalerie“ von Andrea Meyer, behandelt die NS-Diktatur lediglich auf fünfzehn Seiten.

⁶ Sösemann, *Ideologen*, S. 18–21.

ßigerjahre des 20. Jahrhunderts sich verstärkenden antisemitischen Strömungen und Politisierungstendenzen in der deutschen Gesellschaft wirkten sich auch in den Künsten und der Kunstförderung aus. Dünkelhafte und intolerante Einstellungen gewannen Raum. Im nationalistischen, rechtsradikalen und völkischen Lager der Deutschnationalen Volkspartei und der NSDAP herrschte die Ansicht vor, es bestehe eine „Wesensverwandtschaft“ zwischen Judentum und der Avantgarde der Kunst.

In einer komplexen Gesellschaft gehört zum kulturpolitischen Verständnis eines Vereins die Gestaltung und Nutzung von kommunikativen Netzwerken. Der Vorstand des KFMV nutzte dieses Instrument ebenso wie viele andere erfolgreiche Kunst- und Freundesvereine intensiv. Es gab mehr als vierzig Vereine und Gesellschaften in Berlin und im Deutschen Reich, in denen Mitglieder des KFMV ebenfalls präsent waren. Aus diesen Mehrfachmitgliedschaften lassen sich aufschlussreiche Informationen über die Vorstände des KFMV gewinnen. Die nach langwieriger Suche rekonstruierte Gesamtliste der Mitglieder weist nunmehr Tausende von Daten auf. Mit dieser korrektur- und ergänzungswürdigen Zusammenstellung ist ein erster Grundstock gelegt, der Aussagen auf festerer empirischer Basis gestattet, als es bisher aufgrund der unvollständigen Listen möglich war.

Es ist unumgänglich, in der Darstellung historisch und ideologisch stark belastete völkisch-rassistische Begriffe und die Klassifikation der NSDAP zu verwenden, wenn die Schicksale der „jüdischen“ Mitglieder des KFMV erforscht werden sollen. Das NS-Regime verfuhr dabei willkürlich. Es rechnete etliche der „nicht-arischen“ Mitglieder des KFMV ungeachtet ihres Bekenntnisses zur Assimilation und Taufe zu der von ihm weit gefassten sogenannten jüdischen Klientel. Die gelebte Konfession spielte bei der Definition des sogenannten Rassejuden keine entscheidende Rolle. Für die NSDAP konnten katholisch oder protestantisch getaufte Personen ebenfalls „Juden“ sein. Die Diffamierung, der Umfang und die Intensität der Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen, die die „jüdischen“ KFMV-Mitglieder erleiden mussten, lassen sich nur dann präzise erforschen, wenn hierbei die Perspektive des Regimes eingenommen wird. Es ist also aus seriösen analytischen Gründen auch nach „Halb“- oder „Vierteljuden“ sowie weiteren, vom NS-Regime als „jüdisch“ bezeichneten Personen zu suchen, will man nicht Gefahr laufen, verfolgte Personen zu übersehen. Eine ähnliche Konzession an die NS-Begriffsbildung ist vorzunehmen, wenn der Historiker auf die Quellenbegriffe wie „Gleichschaltung“, „Arisierung“ oder „Reichskristallnacht“ zurückgreift, die von den nationalsozialistischen Propagandisten in verschleiender, diffamierender oder euphemistischer Absicht eingesetzt wurden. Thomas Mann machte schon 1937 darauf aufmerksam, dass bereits die Begriffsverknüpfung „National-Sozialismus“ eine massensuggestive Irreführung darstelle.

B. Eine glanzvolle Geschichte mit irritierenden Flecken

1. Wilhelm Bodes Vereinsgründung im Kaiserreich

Kunstsinn und Mäzenatentum, Sammlungswille und Museumsgründung bilden oftmals eine schöpferische, erspriessliche und ertragreiche Einheit. Förderten lange Zeit nur Monarchen und hoher Adel Kunst und Kultur, so eiferten ihnen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts das wohlhabende kunstsinnige Großbürgertum und die obere Mittelschicht nach. Diese Kreise unterstützten mit privaten Mitteln neben Theaterstätten oder Opernhäusern auch Museen und Kunstsammlungen, gründeten Stiftungen und Vereine, organisierten Spendenaufrufe und Ausleihen. Wird über das deutsche, ja generell über Mäzenatentum in der neueren Zeit gesprochen und geschrieben, dann fällt schnell der Name des 1896 in Berlin gegründeten KFMV. Er verkörpert eine originelle finanz- und tatkräftige Verbindung von Sammeln und Fördern, Initiieren und Stiften.

Der international renommierte und gut vernetzte Berliner Museumsfachmann Wilhelm Bode hatte 1883 den kunstliebenden, reichen und vielseitig engagierten Unternehmer James Simon kennengelernt. Einige Jahre später gingen von der durch Bode gut vorbereiteten Initiative, der Gründung eines *Museums-Vereins*, neue Akzente in der Kulturszene der Reichshauptstadt aus. Nach einer kurzen, nur anderthalb Jahre währenden Vorbereitungszeit formulierte der Verein seine Statuten, die eine originäre Zielsetzung erkennen ließen, überarbeitete sie kurzfristig noch einmal und benannte sich offiziell in *Kaiser Friedrich-Museums-Verein in Berlin* um. Auf jene Statuten bezog sich Wilhelm II., als er am 16. Juni 1897 dem KFMV „die Rechte einer juristischen Person“ verlieh (Abb. 2).

„Unter dem Namen Kaiser Friedrich-Museums-Verein ist eine Gesellschaft gegründet, welche den Zweck hat, die Königlichen Sammlungen der Gemälde und Bildwerke des Mittelalters und der Renaissance zu fördern, deren Vereinigung in einem selbständigen Museumsbau, nach den Allerhöchsten Intentionen des Hochseligen Kaisers Friedrich, geplant ist. Dieser Zweck soll erreicht werden:

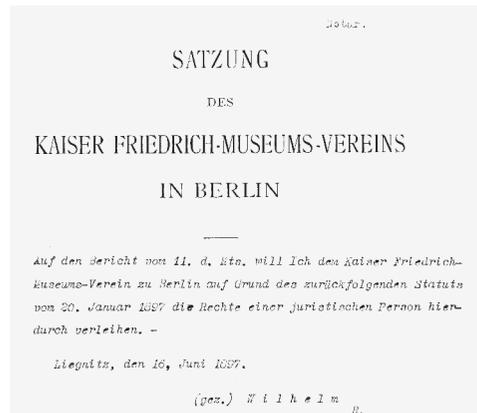


Abb. 2: Diente als Grundlage für die Änderungen von 1930

- a) durch Ankauf wertvoller Kunstwerke, welche für bestimmte Zeit zur Verfügung der Museumsverwaltung gehalten werden,
- b) durch Zuwendungen geeigneter Kunstwerke an die Staatlichen Museen [...].“

Die in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht originelle Regelung, die aus dem Fonds des Vereins gekauften Kunstwerke Museen und Sammlungen nur leihweise zu überlassen, fand ein weites Interesse. Reiche Mäzene füllten trotz einer einmaligen 500-Goldmark-Zahlung für ihre immerwährende – die Statuten bezeichnen sie als „lebenslängliche“ – Mitgliedschaft die Kasse und einen Reservefonds mit großzügigen Spenden und weiteren, meist jährlichen Einzahlungen, zu denen sie eigentlich nicht verpflichtet waren. Nach wenigen Jahren hatte sich aus diesem generösen Verhalten ein institutionalisiertes Pendant zum privaten Kunstsammeln entwickelt. Der KFMV gilt bis heute als Inbegriff des modernen, metropolitanen Kunstvereins.

Der *Museums-Verein* hatte 21 konstituierende Mitglieder (1896), zu denen sogleich 19 weitere hinzutraten (1896/97), sodass es Ende 1897 im KFMV 40 Mitglieder gab (in der folgenden Zusammenstellung *kursiv*) – unter ihnen befand sich auch der Kaiser, der jedoch nie in einem offiziellen Verzeichnis geführt wurde. Von den 40 Mitgliedern war die Hälfte jüdischer Herkunft. Bis 1900 traten weitere 18 Personen hinzu – das Eintrittsjahr steht hinter den Namen in runden Klammern. Unter den nunmehr 58 Vereinsmitgliedern hatten 29, also wiederum die Hälfte, eine jüdische Herkunft: **gefettet**.

Mitgliederbestand um 1900

<i>Eduard Arnhold</i>	Cécile von Mendelssohn-Bartholdy (1899)
<i>Josef Bloch</i>	<i>Ernst Meyer</i>
<i>Wilhelm Bode</i>	<i>Georg Meyer</i>
<i>Graf August Dönhoff-Friedrichstein</i>	<i>Rudolf Mosse</i>
Hermann Frenkel (1898)	Benoit Oppenheim (1898)
<i>Friedrich von Friedlaender-Fuld</i>	<i>Ludwig Passini</i>
<i>Carl zu Fürstenberg</i>	Hermann Rosenberg (1898)
Arnold von Guillaume (1898)	<i>Gustav Salomon</i>
Wilhelm Gumprecht (1898)	<i>Fritz Sarre</i>
Eugen Gutmann (1898)	Wilhelm Schneider (1899)
<i>Oscar Hahn</i>	<i>Arthur Schmitzler auf Klink</i>
<i>Otto Hainauer</i>	<i>Paul von Schwabach</i>
Friedrich Hammacher (1898)	<i>G. Siegle</i>
<i>Fritz von Harck</i>	James Simon
<i>Richard von Hardt</i>	Max Steinthal (1898)

Martin Heckscher
Guido Graf Henkel
Fürst von Donnersmarck
August Frh. von der Heydt
Karl Frh. von der Heydt
Cornelius Heyl zu Herrnsheim
Karl Hollitscher (1899)
Oscar Huldshinsky
Maximilian Kempner
Friedrich Krupp
Max Liebermann
Paul Liebermann
Franz Robert von Mendelssohn
Robert E. von Mendelssohn

M. Strauss (1898)
Konrad von Studt (1899)
Ferdinand Frh. von Stumm-Halberg (1898)
Franz Graf Thiele-Winkler (1898)
Adolph Thiem
Alfred Thieme
August von Trott zu Solz (1897)
Eduard Veit (1897)
Hermann Wallach
Robert Warschauer
Valentin Weisbach
Werner Weisbach (1899)
Wilhelm II.
August Zeiss

Bodes KFMV-Gründung wurde weltweit als Prototyp des „modernen“ Museumsvereins angesehen und reüssierte als solcher sogleich ein zweites Mal in Berlin, weil er sich als geeignet für unterschiedliche Sammlungskonzeptionen erwies. Allein deshalb fühlte sich der KFMV mit der im Januar 1898 gegründeten DOG von Anfang an eng verbunden. Die DOG arbeitete als international ausgerichtete Privatinitiative von James Simon (Abb. 3) vorwiegend zugunsten der *Vorderasiatischen Abteilung* der Berliner Museen. Unter den Persönlichkeiten dieser Gesellschaft befanden sich Mitglieder aus der gleichen Schicht, von der auch der KFMV finanziell



Abb. 3: James Simon (1851–1932)

getragen wurde. Franz von Mendelssohn, stellvertretender Schriftführer und Schatzmeister des KFMV, engagierte sich sogleich persönlich in der DOG. Ihm folgten Eduard Arnhold, Friedrich Victor von Friedlaender-Fuld, Rudolf Mosse, Paul von Schwabach und Bruno Güterbock – von 1902 bis 1937 sollte er auch im KFMV das Amt des Schriftführers einnehmen – sowie in kurzer Zeit noch 38 weitere Mitglieder des KFMV. Bode und Simon verkörperten im Kaiserreich und in der Weimarer Republik auf ideale Weise den KFMV. Sie wurden als ein sich kongenial ergänzendes Paar und

wegen ihres Idealismus, Patriotismus und Kunstsinns in der Öffentlichkeit als Leitfiguren geschätzt. Auch international sah man in ihnen die perfekte Kooperation zwischen einem kreativen Museumsdirektor und einem generösen, kunstsinnigen und verständnisvollen Mäzen.

„Entscheidend war dabei das gegenseitige Bewußtsein, aufeinander angewiesen zu sein und voneinander zu profitieren, woraus sich eine Interessengemeinschaft entwickelte, dessen [sic] Dreh- und Angelpunkt Bode war.“⁷

In der völkisch-antisemitischen Polemik deutschnationaler und nationalsozialistischer Gruppierungen rückte nicht der „Kunstpapst“ Wilhelm von Bode – er war 1914 nobilitiert worden –, sondern Simon als „Jude“ in den Mittelpunkt karikierender Fantasiegebilde, in denen „jüdische Machenschaften“ ahnungslose Kunstfreunde ins Verderben stürzen.

2. Das politische und soziokulturelle Profil des Vereins

Zu den Stützen des KFMV gehörten Repräsentanten der Großindustrie, Landwirtschaft und des Bergbaus sowie der Großbanken wie Eduard Arnhold, James von Bleichröder, Guido Henkel Fürst von Donnersmarck, Carl zu Fürstenberg, Jakob Goldschmidt, Oscar Huldschinsky, Leopold Koppel, Franz von Mendelssohn, Rudolf Mosse oder Adolph Thiem. Sie förderten nicht allein „ihren“ KFMV, sondern Kultur und Wissenschaft in großer Breite. Mit Stiftungen für Künstler, Mädchen, Schüler und Studierende, Lehrer, Handwerker und Arbeiter sowie mit Bildungsanstalten, Armen- und Krankenhäusern setzten sie sich aus philanthropischen und sozialen Erwägungen im großen Umfang für das Gemeinwohl ein.⁸ Sie waren als generöse Mäzene allgemein bekannt⁹ – besonders Bleichröder als Förderer des Automobilsports und

⁷ Matthes, Simon, S. 149. – Simon versicherte Bode 1920: „Das gemeinsame Arbeiten mit Ihnen gehört zu dem Wertvollsten, das mir das Leben gebracht hat. Es ist mir immer ein wohltuendes Gegengewicht gegen meine materielle Tätigkeit gewesen“ (ebd., S. 157).

⁸ Selbstverständlich konnte eine derartige Großzügigkeit sowohl familiär-traditionell bestimmt als auch uneigennützig motiviert sein bzw. sich im Laufe eines Lebens inhaltlich und motivational ändern. Auch unternehmens-, steuer- und vererbungspolitische oder ideologische bzw. lokalpolitische Erwägungen konnten vorliegen. Bei einigen der auch im KFMV überproportional vertretenen Stifter jüdischer Herkunft ist der Gedanke an Beweggründe nicht abwegig, die in deren prekärer Identität begründet lagen und von gruppensolidarischen Gefühlen bestimmt waren. Welche Anstöße bei den Mitgliedern des KFMV vorwalteten und welche Antriebe letztlich bestimmend waren, dürfte sich heute nur bei wenigen noch feststellen lassen.

⁹ Die Begräbnisfeierlichkeiten und Trauerzüge von Arnhold und Mosse waren zum Beispiel lokalpolitische Groß-Ereignisse, über die lokale und nationale Zeitungen ausführlich berichteten.

Otto Kahn als Sponsor der „Metropolitan Opera“ in New York –, doch nur Kenner der Kunstszene wussten von deren erlesenen Gemälde- und Skulpturensammlungen oder ihrem Engagement für den KFMV. Die Mehrzahl der Mitglieder wohnte zwar in Berlin, doch zu allen Zeiten beschränkte sich die Klientel nicht auf die Hauptstadt:

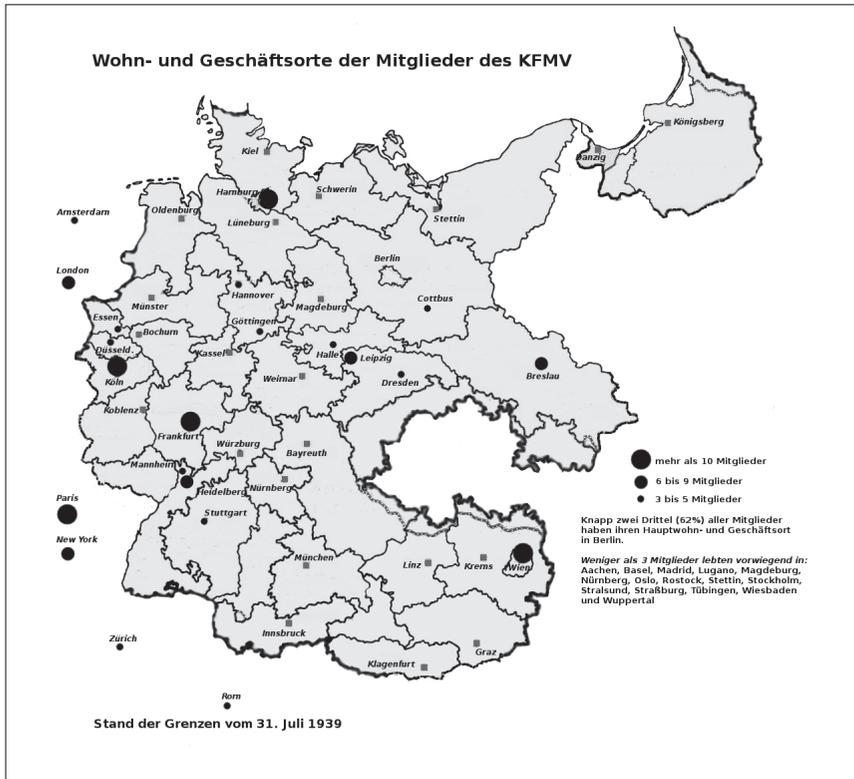


Abb. 4: Die Übersicht gibt die Situation von 1896 bis 1945 wieder

© B. Sösemann (2016)

Der Eintritt in den KFMV und die auch in Krisenzeiten aufrecht erhaltene Mitgliedschaft dokumentieren die Entschlossenheit, einen bewusst gelebten Lebensstil beibehalten zu wollen. Die Besinnung auf die mit dem KFMV verbundenen Traditionen und Werte war nach 1933 von besonders hoher Bedeutung. Die meisten der bürgerlichen Mitglieder des KFMV sahen sich unabhängig von sozialer Schicht als informelle Gruppe, in der spezifische Prinzipien und Tugenden vertreten wurden. Sie waren national und patriotisch gestimmt, politisch eher konservativ, ohne unbedingt einer Partei dieser Ausrichtung anzugehören. Diese politisch-weltanschauli-

che Einordnung kann mehrheitlich auch für die Mitglieder jüdischer Herkunft gelten. In der Wilhelminischen Ära waren sie in ihrem Selbstverständnis, in ihren Lebensformen, ihrem öffentlichen Auftreten und Wertebewusstsein Repräsentanten der „Geldaristokratie“, der Hof- und Honoratiorengesellschaft. Die Endphase des Wilhelminismus und der Erste Weltkrieg bildeten mentalitätspolitisch eine scharfe Zäsur. Wilhelm II. verlor in den letzten Jahren seiner Regierungszeit sogar bei Konservativen und traditionell Kaisertreuen erheblich an Ansehen.¹⁰ Mit dem Prestigeverlust des Monarchen nahm im KFMV die Geltung der einst so einflussreichen und hoch angesehenen „Kaiserjuden“ ab – wie sie ursprünglich in einer Mischung von Bewunderung und Neid genannt wurden. Zu dieser Gruppe sind Eduard Arnold, Albert Ballin, Emil und Walther Rathenau, Paul von Schwabach und James Simon zu zählen. Zusammen mit anderen vermögenden Persönlichkeiten jüdischer Herkunft prägten sie nach 1918/19 das Vereinsprofil nicht mehr. Weitere Mitglieder waren aus Altersgründen ausgetreten und einige verstorben, sodass der KFMV sukzessive seine Homogenität und Exklusivität verlor. Es wuchs in den Zwanzigerjahren die Gruppe derjenigen im Verein an, die gemäßigte bzw. liberale Ideen im Umfeld der *Deutschen Volkspartei* Gustav Stresemanns vertraten. Sie frequentierten in Berlin die *Deutsche Gesellschaft 1914* (DG1914), den *Demokratischen Club* oder den *Deutschen Herrenklub*.

Das allgemeine politische Profil des KFMV ergibt sich am deutlichsten aus den Doppelmitgliedschaften mit der DG1914. Diese Vereinigung (Abb. 5) zählte während des Ersten Weltkriegs und in der Weimarer Republik zu den großen, reichsweit organisierten und gesellschaftspolitisch bedeutenden Gesellschaften. Sie erklärte 1915 in ihrem Aufruf:

„Die Deutsche Gesellschaft will nicht den Versuch machen, natürliche Gegensätze und Parteiungen aller Art [...] konventionell zu überbrücken oder auch nur zu verschleiern; sie erblickt ihre bedeutungsvolle und für uns neue Aufgabe darin, berufenen Wortführern solcher Gegensätze zur Aussprache von Mensch zu Mensch eine Möglichkeit und eine schickliche Gelegenheit zu geben.“

Ihr parteipolitisches Spektrum war breit, national, aber nicht nationalistisch, das gesellschaftliche vom oberen Mittelstand geprägt. 114 Mitglieder des KFMV pflegten die doppelte Mitgliedschaft; 75 von ihnen waren im Sinne der NSDAP „jüdisch“. Die Nationalsozialisten zeigten 1933 ein großes Interesse, dass die DG1914 vom bisherigen Vorstand weitergeführt wurde. Selbstverständlich übernahmen sie die Leitungsposition, verlangten die Verwirklichung des „Führerprinzips“ und machten

¹⁰ Zur „rapide[n] Auszehrung des Kaisergedankens vor und während des Weltkriegs“ s. Sösemann, Verfall, insbes. S. 169 f.

dabei zu einer Grundbedingung weiterer Vereinstätigkeit den unverzüglichen Ausschluss aller „Juden“, „Sozialisten“ und Sozialdemokraten. Der Präsident Wilhelm Solf, ehemals kaiserlicher Kolonialminister und Botschafter, lehnte es ab, unter diesen Bedingungen den geforderten Übergang in eine nationalsozialistisch geprägte *Kameradschaft vom 30. Januar 1933* vorzunehmen. Nachdem mit Solf der gesamte Vorstand zurückgetreten war, reüssierte die NS-Nachfolge-Organisation mit ihrem Programm der „Wiedererstarung des Reiches, der Pflege deutschen Volkstums, sowie der Neubelebung von Persönlichkeit“ nicht.

Von einer Abneigung gegen alles „Jüdische“ war auch schon vor 1933 der Vorstand des KFMV nicht völlig frei. Bode haben jedenfalls die Jahrzehnte persönlicher, intensiver und gedeihlicher Zusammenarbeit mit Bekannten jüdischer Herkunft nicht vor Intoleranz, Hetzerei, Engstirnigkeit und Ignoranz bewahrt. Bemerkungen wie, er könne es Kunstliebhabern nicht „verdenken, wenn sie sich ihre kostbaren Teppiche nicht von jüdischen Plattfüßen abtreten lassen wollen“, verbreiteten sich in Berlin schnell. Er tat diese verächtlichen Äußerungen, obwohl er seit der Gründungsphase mit den von ihm gewonnenen Mäzenen jüdischer Herkunft enge Kontakte gepflegt, für sie Sammlungskonzepte entworfen sowie sie bei An- und Verkäufen beraten hatte oder mit ihnen zugunsten des Kaiser-Friedrich-Museums direkt zusammenarbeitete. Max Friedländer war seit 1896 sein Mitarbeiter an der Gemäldegalerie, seit 1908 Direktor des Kupferstichkabinetts und seit 1924 des Kaiser-Friedrich-Museums – ganz zu schweigen vom engen Kontakt zu James Simon, der 1889/90 den *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* mitgegründet hatte und dessen *Mitteilungen* finanzierte. Wie tief müssen derartige realitätsferne Auffassungen, rassistische und völkische Klischees im Weltbild eines gebildeten Kunstfreundes gründen, damit sie so unreflektiert gelebt werden können? In dem kürzlich edierten Briefwechsel Bodes mit seinem Schüler und späteren Vertrauten Hitlers, dem Kunsthistoriker Hans Posse, spottet Bode über einen „edlen Juden“, der einen „wilden erzzionistischen Aufsatz“ verfasst habe, und hetzt gegen den Hauptkonservator an den *Bayerischen Staatsgemäldesammlungen*, „den kleinlichen Juden Mayer“. Sein Neffe, Ernst Heinrich Zimmermann –

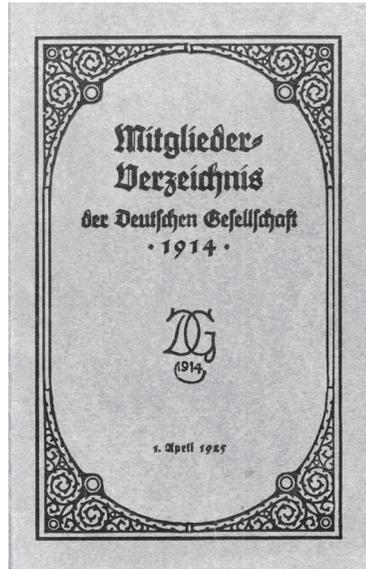


Abb. 5: KFMV-Mitglieder amtierten im Vorstand und Präsidium

der spätere Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, respektive Generaldirektor der Staatlichen Museen –, wolle ungern unter Mayer angestellt werden (25.9.1915). In der Fachpublizistik fand ein maßloser Angriff Bodes auf den jungen „jüdischen“ Kollegen Georg Swarzenski allerdings keine Zustimmung.¹¹ Bode beklagt in seinen persönlichen Aufzeichnungen („In den Weihnachtstagen 1918“) die

„schimpfliche Wendung vom Sieg zur Niederlage, [...] Partikularismus und die Parteisucht im Volke, die Kopfflosigkeit und Schwäche der Regierung, die Unfähigkeit bis zur Perversität in unserer gesamten Diplomatie [...], Mangel an völkischem Selbstbewußtsein [...], Mangel an Form und Takt: das sind alte Fehler des Deutschtums, die uns gerade jetzt ganz besonders geschadet haben. Schlimmer noch hat die Verjüdelung und das starke Anwachsen des Einflusses der jüdischen Elemente in Deutschland gewirkt, nicht nur in allen Finanzfächern und vielfach auch in der Industrie, vor allem in der Beherrschung fast der ganzen Presse: der Sonnemann- [Frankfurter Zeitung], Mosse- [Berliner Tageblatt, Berliner Morgenpost] und Ullstein- [Vossische Zeitung] Blätter bis zur ‚Zukunft‘ [Maximilian Harden] und der Spartakuspresse [Rote Fahne], die Steigerung der Genußsucht unter Vorrang reicher Juden und auf der anderen Seite die gewissenloseste Aufhetzung der untersten Volksklassen durch jenes jüdische Presseproletariat.“¹²

Der KFMV soll 1928 bzw. am Ende der Zwanzigerjahre aufgrund verschiedener, zu meist aber unbelegter Angaben mindestens 122 Mitglieder gehabt haben. Es können 100 namentlich nachgewiesen werden; die korrekte Zahl dürfte kaum höher gelegen haben. Für diese Annahme spricht, dass Mitte 1927 der KFMV 118 und Ende 1929 – notariell beglaubigt – 105 Mitglieder zählte. Außerdem traten 1928 mehr Mitglieder aus als aufgenommen wurden. Da das Jahr des jeweiligen Eintritts bzw. der Aufnahme bekannt ist oder erschlossen werden konnte, sind für 1928 die folgenden Aussagen gesichert: Insgesamt gehörten dem Verein 59 Mitglieder zehn Jahre oder länger an, also 59 %. Das Durchschnittsalter der 99 Vereinsangehörigen, deren Ge-

¹¹ Einzelheiten neuerdings in der Veröffentlichung von Crüwell, Worte.

¹² Veröffentlicht in der Neuausgabe der Memoiren Bode, Mein Leben, Bd. 1, S. 409. – Der Sachkommentar zum Antisemitismus Bodes zeigt eine ob der Intelligenz und des hohen Amtes der Person sowie mit Blick auf die Böswilligkeit und Niedertracht des Geäußerten unangebrachte Zurückhaltung: Man müsse davon ausgehen, „daß Bode ‚dem Jüdischen‘ gegenüber mit starken Ressentiments behaftet“ gewesen sei (ebd., Bd. 2, S. 363). Bodes Ausfälle sind nur begrenzt als Bewältigungsstrategie einer Person zu erklären, die auf den verlorenen Ersten Weltkrieg und den revolutionären Umsturz von 1918/19 reagiert. – Auch der in diesem Zusammenhang verwendete Begriff „Salon-Antisemitismus“ und der Hinweis, ihn hätten viele seiner Zeitgenossen gepflegt, stellen unangemessene Verharmlosungen dar (Grabowski/Winter, Politik, S. 281).

burtsjahr bekannt ist, betrug damals 74,4 Jahre. Das jüngste Mitglied war 25 Jahre alt, das älteste 86. In einem Alter zwischen 30 bis 39 Jahre waren 8 Mitglieder; 40 bis 49: 18; 50 bis 59: 24; 60 bis 69: 18; 70 bis 79: 27; 80 und älter: 3.

1928 waren nach dem Verständnis der NSDAP 61 Mitglieder des KFMV Juden und somit 39 Arier. Zwei Drittel der Mitglieder jüdischer Herkunft rechneten zum Kern-, respektive Altbestand des KFMV: Von den 61 Mitgliedern waren nämlich 41 bereits vor 1919 in den KFMV aufgenommen worden (67,2%). Da sich seit der Jahrhundertwende der Anteil der Mitglieder jüdischer Herkunft erhöht hatte, blieb die Polemik der NSDAP, der Verein gehöre zu den „verjudeten“ Gesellschaften, nicht wirkungslos. Dennoch haben sich im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik, also bis 1929, trotz der nationalistischen antijüdischen Hetze 23 „nichtjüdische“ Mitglieder zum Beitritt in den KFMV entschlossen.

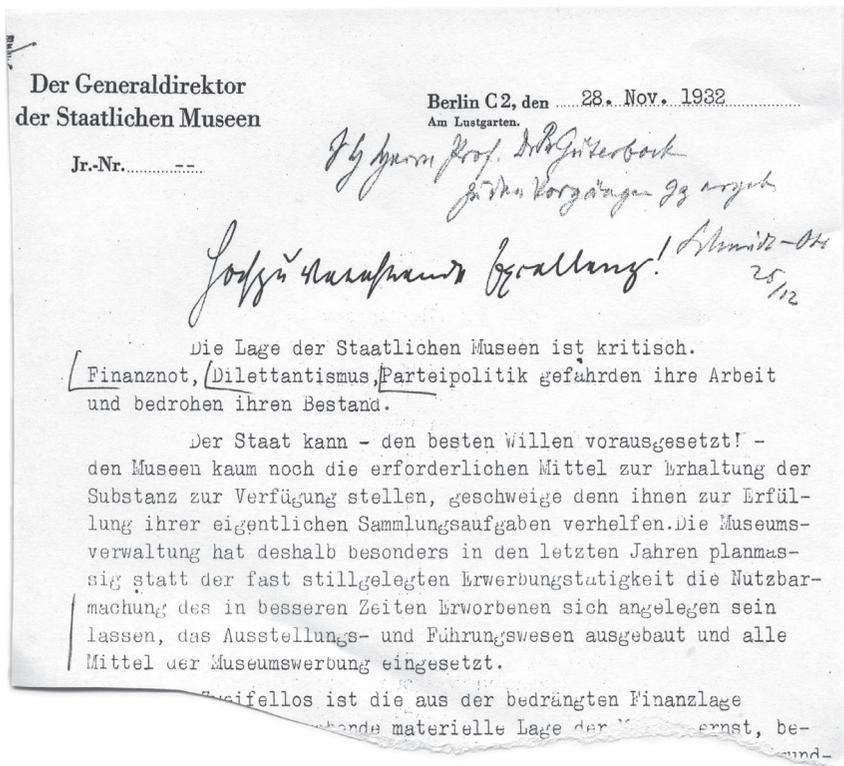


Abb. 6: Wilhelm Waetzoldt (1880–1945), Mitglied im KFMV bis 1938, richtete seinen Rundbrief an die Berliner Museen und ihre Freundeskreise (Auszug) und somit auch an Schmidt-Ott, der in seiner Marginalie den Vorgang zur weiteren Veranlassung an Güterbock weiterreichte.

In dem Schreiben regt Waetzoldt die Gründung einer „Dachorganisation der Berliner Museumsfreunde“ an und begründet deren Notwendigkeit u. a. mit den Worten „In dieser materiellen, geistigen und politischen Situation sehen sich die Museen vereinsamt und schutzlos. Die Regierungen haben größere Sorgen. Kunst und Wissenschaft, soweit sie nicht unmittelbaren Nutzen versprechen, werden wie lästige Bittsteller betrachtet. [...] Ein kapitalkräftiges, von Mäzenatenstolz erfülltes Bürgertum gibt es nicht mehr.“ – Der KFMV ernannte umgehend zwei seiner Mitglieder als Vertreter. Die Bemühungen wurden nach 1933 vermutlich nicht fortgesetzt, respektive sie scheiterten alsbald.

C. Die Neuorientierung nach 1930

1. Veränderungen in der Mitgliederstruktur während der Präsidialkabinette

In den Zwanzigerjahren wurde die von rechtsstaatlichen und freiheitlichen Wertvorstellungen geprägte bürgerliche Welt herausgefordert. Die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des Ersten Weltkriegs und der Inflation trafen aber nicht nur die Gesellschaft hart, sondern beeinträchtigten auch die Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokratie. Am Ende der Zwanzigerjahre verschlechterte sich aufgrund der internationalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auch im Deutschen Reich die ökonomische und mit ihr die allgemeine innere Situation zusätzlich. Nach dem Sturz der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller im Frühjahr 1930 und der Etablierung des ersten von vier Präsidialkabinetten – die Zeit der „legal maskierten Diktatur“ (Theodor Wolff) – verschärfen sich die politischen Auseinandersetzungen. Gerüchte, diffuse Ängste und reale Furcht bestimmten die zahlreichen Straßen- und Wahlkämpfe. 1930 bestand in Berlin insgesamt vier Monate lang ein allgemeines Demonstrations- und Versammlungsverbot. KPD und NSDAP boten mit ihren unbedarften und monokausalen Total-Erklärungen für die hohe Arbeitslosigkeit sowie für sämtliche sozialen Schwierigkeiten nicht nur den Angehörigen der Unterschicht bestechende Sinndeutungen. Bei den Reichstagswahlen im Herbst verloren die Demokraten deutlich, die KPD erzielte Gewinne, und die Parlamentssitze der NSDAP stiegen von 2,6% auf 18,3%. Nach dem Bankenkrach und dem Zusammenbruch des Kreditwesens in Deutschland bewegte sich die Arbeitslosenzahl während des Jahres 1932 auf einen Sechs-Millionen-Gipfel zu. In den zweieinhalb Jahren vor dem 30. Januar 1933 wurde das „System von Weimar“ – wie es abschätzig hieß – auch außerhalb der radikalen Lager zunehmend infrage gestellt. Diese ideologischen, wirtschaftlichen, soziokulturellen und mentalen Verhältnisse bildeten das Umfeld, in dem auch der Vorstand des KFMV plante, entschied und handelte.

Der Direktor der *Nationalgalerie Berlin*, Ludwig Justi, erklärte am 1. Juli 1932 öffentlich, dass es vor dem Kriege viel leichter gewesen sei, Geld für sein Museum zu bekommen. Die Zahl der reichen Leute sei geschrumpft. Sie legten

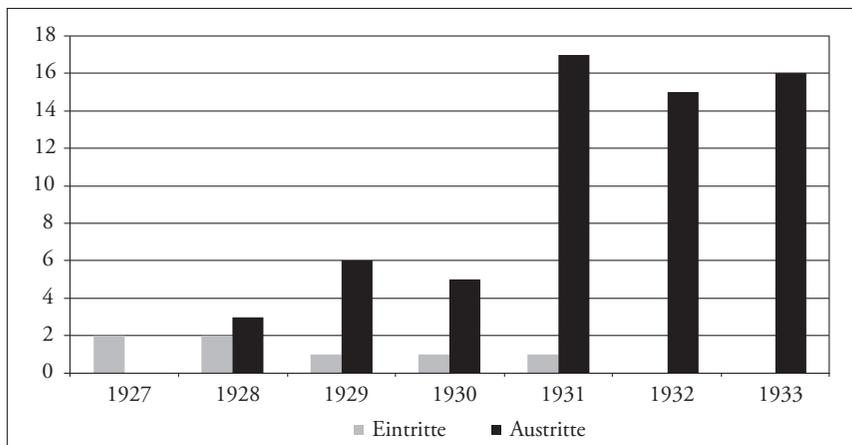
„keinen Wert auf persönliche Beziehungen zu den Spitzen der Verwaltung, sie finden, daß der Staat ihnen viel zu hohe Steuern abnimmt, die meisten glauben sogar, die Regierung sei an dem wirtschaftlichen Niedergang schuld“.¹³

Und der Generaldirektor der Staatlichen Museen, Wilhelm Waetzoldt, schrieb am 28. November 1932 dem Vorsitzenden des KFMV (dazu auch Abb. 6):

¹³ Kunst und Wirtschaft 13 (1.7.1932), Nr. 7, S. 115 f.

„Die Lage der Staatlichen Museen ist kritisch. Finanznot, Dilettantismus, Parteipolitik gefährden ihre Arbeit und bedrohen ihren Bestand. – Der Staat kann – den besten Willen vorausgesetzt! – den Museen kaum noch die erforderlichen Mittel zur Erhaltung der Substanz zur Verfügung stellen, geschweige denn ihnen zur Erfüllung ihrer eigentlichen Sammlungsaufgaben verhelfen.“

In jenen Monaten bis Ende 1932 häuften sich im KFMV Kündigungen und die Bitten, der Verein möge den Beitrag reduzieren. Im Fall der hier näher untersuchten Mitglieder jüdischer Herkunft, wie dem von Paul Hartog, bestimmten wirtschaftliche und finanzielle Motive das Handeln. Hartog war Vorstandsmitglied der *Darmstädter und Nationalbank* und sechs Jahre zuvor in den KFMV eingetreten. Im Frühjahr 1928 sah selbst der Inhaber einer derartigen Position sich außerstande, den Beitrag zukünftig zu zahlen. Auch der 1925 in den Verein aufgenommene Richard Semmel bekannte Ende 1930, dass sein Verbleib wegen der „allgemeinen Wirtschaftslage“ gefährdet sei und bat darum, seinen Jahresbeitrag auf 200 Mark zu reduzieren. Die Graphik zeigt die Gesamtentwicklung. Augenscheinlich erhielt sie eine zusätzliche Dynamik durch den in der Gesellschaft wachsenden Antisemitismus.¹⁴



¹⁴ Es erklärten 1928 ihren Austritt (satzungsgemäß erst im März des Folgejahrs wirksam): 1929: Arons, B. – Böhm, M. – Hartog, P. – Rosenthal, H. (?) – Simon, E. – Weiler, J.; 1930: Bernheim, R. – Friedmann, R. – Huldshinsky, O. – Liebermann, P. – Salomonsohn, A.; 1931: Baare, W. – Bleichröder, J. – Fürstenheim, R. (?) – Goldschmidt-Rothschild, E. – Gugenheim, F. – Gutmann, H. – Gwinner, A. – Hagen, C. – Katzenellenbogen, L. – Nathan, H. – Rosenheim, L. – Rosin, A. – Schulte, H. (?) – Siegel, G. (?) – Simon, H. – Weininger, R. – Wolff, E.; 1932: Betz, K. – Czapski, F. – Frenkel, H. (?) – Frey, A. – Frisch, W. – Kahn, O. – Katz, L. – Liebermann, M. – Michalski, M. – Oliven, O. – Raumer, H. von – Wertheim, G. – Scheyer, L. – Schlieper, G. – Es traten zwei Personen jüdischer Herkunft ein: Simon, H. (1929), Klotz, P. (1931).

Weshalb der Industrielle und Politiker Hans Friedrich von Raumer den Verein verließ, lässt sich nur ahnen. Er arbeitete erst seit kurzer Zeit, vom Sommer 1929 an, als stellvertretender Vorsitzender mit Bodes Nachfolger, Schmidt-Ott (Abb. 7), zusammen, hatte sich aber zuvor schon als „Beisitzer“ hervorgetan. Doch nach einer insgesamt fünfjährigen tatkräftigen Mitgliedschaft eröffnete er dem Vorstand am 27. Dezember 1931 überraschend, dass er nicht nur den stellvertretenden Vorsitz aufgeben, sondern zum Ablauf des Vereinsjahrs austreten werde. Es muss entweder im KFMV, im beruflichen oder im privaten Bereich einen gravierenden Anlass gegeben haben, denn der Zeitpunkt, die lapidare Form und die Entschiedenheit des völligen Rückzugs von Raumers waren außergewöhnlich. Später sollte von Raumer in seinen Erinnerungen den brüskten Austritt als Teil eines konsequenten Rückzugs aus Politik und Öffentlichkeit darstellen. Sein Verhalten ließe sich damit erklären, dass er in der Septemberwahl von 1930 sein Reichstagsmandat verloren hatte, mit dem Parteivorstand der *Deutschen Volkspartei* haderte und aus grundsätzlichen Erwägungen, künftig nicht mehr in der Öffentlichkeit hervorzutreten, gleichzeitig mit dem Austritt aus der Partei auch den KFMV verließ.

Herbert Gutmann, Sohn des Vorstands der *Dresdner Bank* und alten KFMV-Mitglieds Eugen Gutmann, war einer der Mitbegründer der *Deutschen Orientbank* und stieg später ins Präsidentenamt auf. Der Bankier hatte in der sich verschärfenden Bankenkrise (13.–16. Juli 1932) Gerüchte über eine Notlage seiner Bank dementiert, aber zwei Tage später die Zahlungsunfähigkeit angekündigt. Die antijüdische Hetze der rechten Parteien im Reichstag gegen ihn setzte sofort ein. Die Plakatierung der NSDAP verunglimpfte ihn und weitere Mitglieder des KFMV. Der in Berlin überall bekannt gemachte Aushang zur Reichstagswahl vom 6. November 1932 (Abb. 8) vermittelt einen Eindruck von den weit bis ins Persönliche reichenden Diffamierungen: Der „gekaufte Kanzler“, „abhängige Reichsbank-



Abb. 7: Friedrich Schmidt-Ott, 1932 gemalt von Max Slevogt (1868–1932)

präsident“ und die „unfähigen Minister“ setzten zusammen mit Freimaurern und Großindustriellen eine Politik der Notverordnung zum Schaden des deutschen Volkes um. Diese Strategie nutze allein den Banken und der „Politik des verjudeten, frankophilen Herren-Klubs“. Das abgebildete Hetz-Plakat aus den Reichstagswahlen weist auf ein angebliches „Riesengeschenk an die Banken“ hin. Demnach sollten Bankiers jüdischer Herkunft die Reichsregierung in dem Sinn beraten haben, dass „rund 1 Milliarde“ von den insgesamt zur Verfügung stehenden 2 1/2 Milliarden der staatlichen Notverordnung zugunsten des „jüdischen“ Bankgewerbes transferiert werden konnten. Diesen Raubzug hätten „jüdische Drahtzieher“ wie Hans Fürstenberg, Walter Sobernheim, Herbert Gutmann [falsche Schreibung auf dem Plakat] und Jakob Goldschmidt eingefädelt. Diese vier Personen, zwei Mitglieder des KFMV und zwei Bankierskollegen, karikierte man bösertig. Das Plakat zeigt sie großohrig, lang- und krummnasig; die Gesichter der drei Personen rechts von Gutmann sind ungepflegt und mit Bartstoppeln gezeichnet, mit verschlagenem Blick, auf Ganovenart „gutbürgerlich“ gekleidet und mit Perlen auf den Krawatten.

Deutsche! Seht Euch die Hintermänner an!

Hinter der Regierung steht der Herren-Klub. Aus ihm sind fast sämtliche Minister hervorgegangen.

An einem Festessen des Herren-Klubs

das kürzlich im Gardie-Kavallerie-Kasino gegeben wurde, nahmen u. a. Folgende teil:

Bankier Hans Arnhold (Jude), Professor Boan (Jude), Freudenberg (Jude), Fürstenberg (Jude), Bankier Friedheim (Jude), Graf von Gericke (Jude), von Kalkreuth-Straßnitz (führer der Freimaurer), von Kaufmann-Asser (Jude), Reichsbankpräsident Luther, von Papen (derzeitiger Reichkanzler), Großindustrieller Arnold Rebers, Bankier Sobernheim (Jude), Silverberg (Jude), Bankier Solimonsohn (Jude), Staatssekretär a. D. Schiffer (Jude), Währungsbeauftragter Georg Treter (Jude), Bankier Warburg (Jude), Wolters (Jude), Staatssekretär Dr. Weigmann (Jude).

Wen wundert es, daß Jakob Goldschmidt dieser Notverordnung zustimmt. Haben doch prominente Deutsche Wirtschaftler diese

Notverordnung als neues Riesengeschenk an die Banken

bezeichnet. Fliehen doch nach sachverständigem Urteil rund 1 Milliarde der insgesamt 2 1/2 Milliarden als Kursdifferenzen, Zinsen, „Abzügen“, Verwilligungsschöpfung und Schuldverpflichtungen der Industriellen über die neuen Börsenspektive genannt „Sour-Dorns“ den Danken zu. Haben doch Dr. Schacht und selbst der deutschnationale Oberfinanzrat Dr. Bang vorausgesehen daß die Wirtschafts-Notverordnung mit einer Entlassung enden werde.

Wen wundert es, daß die „Tägliche Rundschau“ vom 27. Sept. 1932 - die der Regierung näher steht als der NSDAP - das Agrar-Programm der Regierung als eine „Konzeption aus dem Finanzkapital an die händlerischen Interessen“ bezeichnet kann.

Wen wundert es, daß auf dem internationalen Judo-Kongress in Genf ein prominenter Jude erklärte: „Die Regierung von Papen hat den Schutz der Juden auf ihre Fahne geschrieben“

Wen wundert es, daß der Großindustrielle, Franzosenfreund und Mitglied des Herren-Klubs, Arnold Rebers laut „Deutscher Rundschau in Polen“ vom 6. Okt. 1932 erklärte konnte, daß von Papen Frankreich „das eine Fresser“ ein Mißliebding angeboten habe!

Wen wundert es, daß darauf England und Italien vor den Kopf gestoßen sind und auf den deutschen Aufrüstungs-Vorschlag „unfreundlich“ antworteten!

Die alte Politik zu Gunsten des Finanzkapitals - gegen das schaffende deutsche Volk, zu Gunsten der jüdischen Drahtzieher - gegen die wahren deutschen Führer, zu Gunsten des unversöhnlichen Gegners Frankreich - gegen die möglichen Freunde in der Welt wird auch heute fortgesetzt!

Deutschnationale Stahlhämmer usw. werden durch die vorgeschobenen selbigen Namen und durch Konzeptionen aus dem nationalsozialistischen Programm über die wahre Politik hinweggetäuscht.

Deutsche! Jede Stimme, die für den irreführenden Deutschnationalen oder einer anderen Papen-Partei geht, ist eine Stimme für diese Politik! Jede Stimme, die sich der Wahl enthält, statt sie den Nationalsozialisten zu geben, ist eine Stimme zu Gunsten des marxistischen Flügels des Reichstags und eine Stimme für diese Politik!

Deutsche! Die Regierung verläßt mit der Neuwahl nur ein Ziel: Die Nationalsozialisten zu verhindern, damit die Politik des verjudeten, frankophilen Herren-Klubs fortgesetzt werden kann.

Deutsche! Es gibt nur eine Antwort! (Dritterbewegung)

Erst recht Nationalsozialisten Liste 1

Abb. 8: Plakat der NSDAP zur Reichstagswahl vom 6.11.1932

Gutmans relativ frühe Austrittserklärung vom 17. September 1931 wurde statutengemäß zum 31. März 1932 wirksam. Nach dem hohen Wahlsieg der NSDAP im Juli 1932 und sogar noch nach den Mordaktionen (30.6./1.7.1934), in deren Zusammenhang Gutmann 24 Stunden inhaftiert wurde, verließ er jedoch Berlin vorerst nicht. Er glaubte in seiner Vaterlandsliebe und „unerschütterliche[n] Zuversicht [...] an eine baldige Besserung der politischen Verhältnisse“. 1935/36, nach der Verabschiedung der *Nürnberger Gesetze* und dem Ende der Olympischen Spiele, verschärfen sich auch die gegen ihn gerichteten Maßnah-

men, sodass er am 12. November 1936 angeblich „zu einem offiziellen Geschäftstermin“ nach Basel reiste. Von dort floh er zu seiner Frau nach Großbritannien. Sie lebten in London in kargen Verhältnissen, weil die NS-Bürokratie ihnen hohe Steuern, Gebühren und Abgaben auferlegt hatte. Gutmanns Vorstandskollege, Dr. Walther Frisch, trat ein Jahr später aus dem KFMV aus (12.9.1932). Jakob Goldschmidt und Walter Sobernheim emigrierten 1934 in die Schweiz und nach England, Hans Fürstenberg zwei Jahre später in die Schweiz.

Politische Motive sind sowohl bei dem 1930 nach 14-jähriger Mitgliedschaft erfolgten Austritt von Baron Erich Maximilian B. Goldschmidt-Rothschild zu vermuten als auch bei dem Berliner Fabrikanten Dr. Richard Friedmann, Aufsichtsratsmitglied der *Commerz- und Privatbank*, im Jahr zuvor. Er konnte seinen Verfolgern 1933 zunächst entkommen, soll über Wien nach Prag emigriert, dort aber nach der Okkupation des Staates 1938 verhaftet worden sein. Er wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Dr. Ernst Wolff, Rechtsanwalt in Köln, musste 1931/32 ebenfalls aus politisch-rassistischen Gründen emigrieren. Unklar ist der konkrete Anlass für den Austritt des Ingenieurs Dr. Gustav Siegel (1880–1970), der auch in Wien tätig und Mitglied der DOG war. Doch es ist zu vermuten, dass seine Besorgnis über die politische Entwicklung zum Entschluss vom 22. April 1933 geführt hat. Seine knappe Begründung lautete:

„Da ich, wie so viele andere gezwungen werde, meinen Posten zu verlassen, kann ich leider nicht mehr Mitglied des ‚Kaiser Friedrich-Museum[!]-Vereins‘ bleiben und bitte Sie, hiermit meine Austrittserklärung entgegenzunehmen.“

Bei den Bankiers Dr. Alexander von Frey, in Paris tätig, Otto Hermann Kahn, amerikanischer Staatsbürger und Mitinhaber von *Kuhn, Loeb & Co.* in New York, sowie Dr. Arthur Rosin, Berlin, könnten ebenfalls politische Erwägungen zu ihrer Entscheidung beigetragen haben, den KFMV im Frühjahr 1932 zu verlassen. Der Unternehmer Felix Czapski kündigte seine Mitgliedschaft zum 31. März 1932 auf. Er teilte auf dem Briefbogen seiner Firma *Flatow & Priemer, Berliner Ebenisten* [Kunsttischler] und *Kunsthändler*, Güterbock mit, dass er wegen der

„außerordentlich schwere[n] wirtschaftliche[n] Lage, die den Geschäftszweig meiner Firma besonders schwer trifft, [gezwungen sei] seine Verbands- und Vereinsbeteiligungen [und damit auch die Mitgliedschaft im KFMV] zum nächstentsatzungsgemäss zulässigen Termin zu kündigen. [...] Seien Sie, sehr geehrte Herren[,] versichert, dass mir mein Entschluss nicht leicht fällt und dass ich, sobald die wirtschaftliche Lage es möglich macht, meine Wiederaufnahme betreiben werde.“¹⁵

¹⁵ Schreiben vom 18. August 1931; die Kündigung wurde also zum 31. März 1932 wirksam.

Weshalb der sechzigjährige „arische“ Sektfabrikant Otto Henkell 1929 den KFMV verließ, lässt sich gleichfalls nur vermuten. Er hatte während des Ersten Weltkriegs dem Vorstand mitgeteilt, dass er die finanziellen Verpflichtungen einer lebenslangen Mitgliedschaft gern übernehme. Sein Austritt könnte in einem mentalen Zusammenhang mit der Vermählung seiner Tochter Anneliese mit dem damals bereits relativ prominenten NS-Funktionär Joachim von Ribbentrop gestanden haben. Als Import- und Export-Händler warb der Schwiegersohn in jener Zeit auch im Ausland für die NSDAP. Die Beziehung des vermögenden und weltweit bekannten Familienunternehmens zu einem als „jüdisch“ verrufenen Verein wie dem KFMV könnte ihn als Hitler-Anhänger so sehr empört oder verdrossen haben, dass er dem Schwiegervater die Kündigung nahegelegt hat.

2. Die autoritäre Vereinsführung durch Friedrich Schmidt-Ott

Schmidt-Ott war schon in der Frühphase seiner Verwaltungslaufbahn dem KFMV enger verbunden. Die Krönung seiner beeindruckenden Karriere im Ministerium seines Förderers und großen Vorbilds Friedrich Althoff, des preußischen Kulturpolitikers, erlebte er mit der Ernennung zum „Kultusminister“ in der Endphase des Wilhelminismus (1917/18). Mit Bode verband ihn eine unbedingte Kaisertreue.¹⁶ Schmidt-Otts herausragende Verwaltungserfahrung in Friedens- und Kriegszeiten, aber auch seine hohe Anpassungsfähigkeit und geschmeidige Rhetorik führten nach den revolutionären Ereignissen zu seiner Wahl an die Spitze der *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* (NGDW). Als deren Präsident setzte er sich für eine „zielbewußte Kulturpolitik des Reiches“ durch eine Körperschaft ein, die zwar von Staat und Industrie finanziert wurde, sich aber selbst verwaltete. Nicht zuletzt ob seines guten Gespürs für die jeweiligen partei- und forschungspolitischen Machtverhältnisse genoss Schmidt-Ott alsbald auch unter Republikanern und Demokraten ein hohes Ansehen.

Als Wilhelm von Bode 1920 die Nachfolge des Grafen August Dönhoff-Friedrichstein in der Leitung des KFMV antrat, wurde Schmidt-Ott in das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Nach Bodes Tod (1.3.1929) übernahm statutengemäß der stellvertretende Vorsitzende die Leitung des Vereins. Schmidt-Ott war inzwischen mit den Interna des KFMV bestens vertraut. Dem auch außerhalb seines Präsidentenamts der NGDW in weiteren Gesellschaften und Verbänden Vielbeschäf-

¹⁶ Schmidt-Ott, der mit Wilhelm II. in Kassel dasselbe Gymnasium besucht hatte, gehörte zu der entfernteren Entourage Wilhelms II. und zu dem Kreis von Monarchisten, die dem 1918 nach Holland geflüchteten Kaiser im Exil ihre Aufwartung machten oder, wie Schmidt-Ott es tat, sich sogar mehrere Tage in Dorn aufhielten. Im Juni 1921 schenkte ihm Wilhelm II. ein silbernes Hakenkreuz.

tigten dürfte die endgültige Amtsübernahme erleichtert haben, dass ihm mit Bruno Güterbock ein kenntnisreicher, geschickter und allseits beliebter Schrift-, respektive Geschäftsführer zur Seite stehen würde (Abb. 9). Er kannte den Privatdozenten der Indogermanistik, Bruno Güterbock¹⁷, Sohn eines zum Christentum konvertierten Berliner Bankiers, bereits seit 1902 in dessen Funktion als Schriftführer der DOG.

Güterbocks Verwaltungsstil kam der autokratisch-präsidentialen Arbeitsweise von Bode und Schmidt-Ott entgegen. Er bearbeitete alle Vorgänge „mit unermüdlicher Geduld [...] demütigendem Fleiß“¹⁸ bis zur Entscheidungsreife, sodass sich die Exzellenzen lediglich zu einer knappen Marginalnotiz und zur Unterschrift bequemen mussten. Er war bei den Mitgliedern beider Vereine angesehen, gestaltete die Beitragszahlungen flexibel, reduzierte gegebenenfalls eine Belastung vorübergehend und richtete, wenn ein endgültiges Ausschneiden nicht zu vermeiden war, die Trennung so ein, dass den Verabschiedeten die Möglichkeit eines Revozierens jederzeit gegeben war.¹⁹ Güterbock hielt mit seiner Geneigtheit und Liebenswürdigkeit insbesondere die kleinere der beiden Gesellschaften, den KFMV, zusammen.

Im Mai 1930 kam es nach fast 33 Jahren erstmals zu einer Änderung der „Statuten“. Die neue „Satzung“ beschnitt die Kompetenz des Vorstands erheblich. Der umformulierte § 1 gestattete „Zuwendungen aller Art“; § 5 billigte allein der „Hauptversammlung“ das Recht zu, Ehrenmitglieder zu ernennen und Beiträge festzusetzen. Die Zahl der Vorstände erhöhte sich um drei auf zwölf, die der Beisitzer verdoppelte sich auf sechs. Der umformulierte § 10 gestattete den „geborenen Mitgliedern“, im Verhinderungsfall einen Stellvertreter zu benennen. Im Ausschlussverfahren ging die Entscheidungsmacht vom „Gesamtvorstand“ auf den engeren „Vorstand“ über; ein Beschluss konnte nunmehr angefochten werden (§ 5). Der Vorstand büßte damit seine exemte Stellung ein, denn zuvor hatte es gegen seine Entscheidungen kein Rechtsmittel gegeben (alt § 5). Da Schmidt-Ott ebenso wie Bode keinen kooperati-



Abb. 9: Bruno Güterbock, an seinem 70. Geburtstag 1928

¹⁷ Die *Preußische Akademie der Wissenschaften* ehrte ihn 1928 mit der *Leibniz-Medaille*.

¹⁸ Auer, *Leben*, S. 272.

¹⁹ Ludolf Rosenheim ließ seine Kündigung nicht in Kraft treten. Nach einer Ermäßigung seines Beitrags, schrieb er dem Vorstand, würde er „gern eine Rückgängig-Machung des Austritts bzw. einen Neueintritt in Erwägung ziehen“ (8.1.1932).

ven Verwaltungsstil pflegte, dürfte der Anstoß zu dieser Reform aus der Mitgliedschaft gekommen sein. Der Grund für die Bereitwilligkeit, mit der Schmidt-Ott sich auf die Reform einließ, könnte in dessen anhaltenden Querelen innerhalb der NGDW gelegen haben. Dort stand er wegen seines „persönlichen Regiments“ seit über anderthalb Jahren in der Kritik. Außerdem hatte er als Präsident der NGDW zusätzlich zwei ernstere Krisen durchzustehen gehabt, die ein bezeichnendes Licht auf seine politische Haltung warfen. Bei ihm hatte sich eine unverhohlene Offenheit gegenüber antijüdischen und nationalen bis nationalsozialistischen Einstellungen gezeigt. Deshalb fragt man sich nicht allein mit Blick auf die sogenannten jüdischen Mitglieder, sondern auch auf die nicht-jüdischen und keineswegs durchweg monarchisch, deutschnational oder ideologisch ausschließlich im rechten Parteienspektrum beheimateten Persönlichkeiten, ob die antisemitischen Äußerungen der Vorsitzenden im Verein niemals diskutiert worden sind. Kritik an Schmidt-Ott entstand allein unter den Mitgliedern der NGDW und im Ausland. Schon 1923 hatten Wissenschaftler aus den USA Schmidt-Ott vorgeworfen, er benachteilige „jüdische“ Antragsteller.

Eine ähnliche Haltung nahm Schmidt-Ott auch in der NGDW und im KFMV ein. In der berüchtigten „Affäre Vahlen“ bezeugte er sich als Präsident der *Notgemeinschaft* so unrühmlich, dass sein Verhalten eine derartige Empörung in der Öffentlichkeit auslöste, dass sich schließlich der Ministerpräsident Preußens zum Einschreiten gezwungen sah. Es ging um Theodor Vahlen, den Begründer der antisemitisch geprägten „Deutschen Mathematik“, Nationalsozialist und Verächter von Demokratie und Parlamentarismus. Da Schmidt-Ott bereit war, ihn von der NGDW fortgesetzt zu fördern, weitete sich der Vorgang zu einer Krise der NGDW aus.²⁰ Direkt nachdem Vahlen, Antisemit, Prorektor der Universität Greifswald und Gauleiter von Pommern, in einem langen Prozess verurteilt und aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden war (1926/27), gewährte ihm Schmidt-Ott die Verlängerung und Erhöhung eines bereits seit 1922 von der NGDW gezahlten Stipendiums. Die SPD-Fraktion im Reichstag, der Ministerpräsident, Reichsinnen- und der Kultusminister prangerten unisono den Affront gegen Justiz und Regierung an, der im In- und Ausland wie eine „Rehabilitierung“ des Nationalsozialisten erscheinen musste. Ein enger Vertrauter Schmidt-Otts, das KFMV-Mitglied Arthur Salomonsohn, hat die Kritik notiert, die der Kultusminister Carl Heinrich Becker, geborenes Mitglied des KFMV, zur Stipendienvergabe Schmidt-Otts äußerte:

²⁰ Hammerstein, Forschungsgemeinschaft, S. 76–79. – Schmidt-Ott ließ die ihm im Nachgang zur Affäre Vahlen von der NGDW aufgezwungenen Reformen in den Monaten des Präsidialkabinetts Papen nahezu vollständig wieder aufheben.

„Es bestehe [...] keine Selbstverwaltung, sondern eine Autokratie von Exzellenz Schmidt-Ott, der als gelehriger Schüler von Althoff es verstanden habe, alles so aufzuziehen, dass niemand einen Einblick habe.“²¹

Da Schmidt-Ott uneinsichtig blieb, obwohl der „Vorwärts“ den Vahlen-Fall inzwischen publik gemacht hatte, bedurfte es der unverhüllten Drohung der preußischen Regierung, der NGDW die staatlichen Zuschüsse zu streichen, falls Schmidt-Ott diese Stipendienzahlungen nicht auslaufen lasse. Im Nachgang zu diesem Skandal beschränkte der Vorstand der NGDW die Kompetenzen seines Vorsitzenden und änderte die Statuten in der Weise, dass die Transparenz der Geschäftsführung erhöht und bei sämtlichen bedeutenden Vorgängen die Fachgremien spätestens im Prozess der Entscheidungsfindung gestärkt wurden.

In Schmidt-Otts Nachlass findet sich des Weiteren ein Brief an seinen Vorgänger im kaiserlichen *Kultusministerium*, August von Trott zu Solz, Mitglied im KFMV seit 1897 und seit 1917 Senator der KWG. Darin stigmatisierte er Juden und diffamierte Sozialdemokraten. In der Literatur zur NGDW – seit 1933 DFG – wird darüber hinaus ein jüdisch-katholischer Supçon aufgedeckt. Schmidt-Ott titulierte den konfessionslosen liberalen Frankfurter Politiker Ludwig Landmann herablassend als „jüdischen Herrn“, der mit dem Fraktionsführer des katholischen Zentrums im Reichstag kooperiere. Damit meinte er den Physik-Professor Friedrich Dessauer, Radiologe, sozial engagierter Unternehmer und Pazifist, den Schmidt-Ott mit den Worten „natürlich jüdischen Ursprungs“ charakterisierte.²² Als das prominente jüdische Gründungsmitglied Max Liebermann den Vorstand über seine Absicht informierte, mit dem Jahresbeitrag lieber Kollegen helfen zu wollen, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden (12.8.1932), ging Schmidt-Ott auf die Bitte hingegen nicht ein, ihm die KFMV-Mitgliedschaft beitragslos zu gewähren.

Rückblickend erklärte Schmidt-Ott in seinen 1952 veröffentlichten Erinnerungen die sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der DFG während seiner Amtsführung mit dem Hinweis, dass sie „zum Teil wohl auch auf Rassenunterschieden“ beruhten. Er fügte hinzu, so etwas könne nicht überraschen, wenn Juden in einem Gremium dominierten und es dort nur einen „einzige[n] Nichtarier“ gebe.²³ Sieben Jahre nach dem Ende des NS-Regimes verbreitete Schmidt-Ott in sei-

²¹ Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 97.

²² Als Begründer und Mitinhaber der linkskatholischen „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ warnte Dessauer früh vor der NSDAP. Er wurde 1933 aus der Universität entlassen, musste 1934 in die Türkei emigrieren, anschließend in die Schweiz und kehrte 1948 nach Deutschland zurück (Hammerstein, Forschungsgemeinschaft, S. 47).

²³ Schmidt-Ott, Erlebtes, S. 180.

nem Buch Ansichten, die er und wohl auch die Öffentlichkeit offenkundig nicht für anrühlich hielten. Er hatte rassistische Vorstellungen so stark verinnerlicht, dass es ihm zumindest an dieser Stelle an Empathie und Sensibilität gegenüber den Opfern der Vernichtungsaktionen von Wehrmacht und Einsatzgruppen der SS sowie den Ermordeten in den Konzentrationslagern mangelte.

D. Der KFMV im Visier von Polizei, Staatspartei und Ministerium

1. Die antijudaistischen Maßnahmen

In den ersten Monaten der Hitler-Papen-Hugenberg-Koalition erschien den meisten zeitgenössischen Beobachtern das Regierungs- und Verwaltungshandeln planlos zu sein. Doch jenseits des Aktionismus waren alle längerfristigen NS-Maßnahmen von zwei Hauptkriterien bestimmt. Ministerien und NSDAP sowie die zahlreichen Organisationen, die ihnen zuarbeiteten, hatten dafür zu sorgen, dass das „Führerprinzip“ und der „Arier-Paragraph“ den Geschäftsgang von Unternehmen, Verbänden und Vereinen bestimmten.²⁴ Diesen Zielen diente ein aufwendiger Verwaltungsapparat, dessen Kompetenzen ständig erweitert wurden.

Rust		Goebbels	Rosenberg	Göring	Ley	Himmler	Speer
RMWEV ²⁵		RMVP	Der Beauftragte des Führers ²⁶	Preuß. Min.-Präs.	Dt. Arbeitsfront (DAF)	Persönlicher Stab	GBI ²⁷
Abteilung Bildende Künste	Kultur: Stiftungen, Biblioth.	Abteilung Bildende Kunst	Hauptamt Kunstpflege	Meisterschule der Malerei	Kraft durch Freude	Gesellschaft für Bildende Künste	Referat Ausstellung
Preuß. Akad. der Künste	KWG DFG RFor-schungsrat	Beauftragter für künstlerische Formgebung	Amt Bildende Kunst	Akademie für Bildende Künste	Amt Schönheit der Arbeit	Abt. für kulturelle Forschung	Referat Kunst
Amt Wissenschaft ²⁸	Amt Erziehung	Reichskultursenat RPL & RKK ²⁹	Volkskunde, Feiergusaltung				
Abteilungen für Museen, Schlösser und Gärten / Musik / Künstler / Bühnen							
Verein. Staatsschulen für freie und angewandte Kunst							

© B. Sösemann (2016)

²⁴ Röhm wies am 26. Februar 1934 die SA-Führer im gesamten Reich an, Vereine und Klubs „vor Ort“ daraufhin zu prüfen, ob die Satzung akzeptabel und im Vorstand „ein Beauftragter des zuständigen Führers der SA-Truppe“ amtiere.

²⁵ *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.*

²⁶ Sein offizieller Titel lautete: *Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände.*

²⁷ In seiner Funktion als *Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt.*

²⁸ Bedeutsam ist, dass Rust den von Schmidt-Ott geförderten Vahlen 1934 zum Ministerialdirektor im *Amt Wissenschaft* und 1939 sogar zum Präsidenten der *Preussischen Akademie der Wissenschaften* ernannte.

²⁹ Reichspropagandaleitung der NSDAP & die Reichskulturkammer. – Die RKK bestand aus sieben Einzelkammern: für die Bildenden Künste, die Musik, den Rundfunk (sie wurde 1939 wieder aufgelöst), das Schrifttum, die Presse, den Film und das Theater (Sösemann, *Propaganda*, S. 269–272, 536 f., 941–943).

Schmidt-Ott vermochte in den Präsidialkabinetten keine verschleierte Diktatur zu erkennen. Vor dem Hintergrund seiner nicht republikfreundlichen, monarchistischen, antisemitischen und deutschnational akzentuierten politischen Einstellung ist nachvollziehbar, dass er im Frühjahr 1933 die Einsetzung der Hitler-Papen-Hugenberg-Koalition durch Hindenburg und die Kamarilla nicht als revolutionären Akt empfand. Die Koalition der „nationalen Konzentration“ verfügte über den Glorienschein der Schirmherrschaft Hindenburgs, die Unterstützung von Großindustriellen, bürgerlichen und adeligen Eliten. Für Schmidt-Ott verlor sich dadurch der Geruch des Pöbelhaften der NSDAP und Plebejertums der SA. Bei ihm und den ähnlich national gesinnten Vorstandskollegen im KFMV sowie bei Museumsdirektoren wie Waetzoldt und Justi bestanden weitreichende Affinitäten zwischen ihren politischen Sehnsüchten und der Propagierung der „nationalen Wiedergeburt“ in einem autoritär-zentralistischen Staat und der „völkischen Erneuerung“ in einer „wahren Volksgemeinschaft“ durch die NSDAP.³⁰ Dabei hoffte Schmidt-Ott vermutlich mit etlichen weiteren Entscheidungsträgern in Politik, Verbänden, Unternehmen und in Banken mit den „Kaisertreuen“ um Papen auf die Wiederherstellung der Monarchie.

Im Frühjahr 1933 hatten Notverordnungen auf verfassungskonformem, aber scheinbarem Weg die Grundrechte beseitigt und zusammen mit dem Gesetz zur *Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums* (7.4.1933) einen permanenten Ausnahmezustand geschaffen. Das Paragrafenwerk richtete sich gegen Beamte „nicht arischer Abstammung“ und gegen „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Grete Auer(-Güterbock) erinnert, dass erst der reichsweite Boykott am 1. April ihren Mann tief erschüttert habe, denn:

„freudig begrüßten wir die Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei [...]. Die ganze antisemitische Propaganda [...] schien uns der Beachtung nicht wert zu sein [...], und das deutsche Volk hielten wir für zu aufgeklärt, um ernstlich all den Unsinn zu glauben, der als Rassenlehre feilgeboten wurde.“³¹

In jenen Monaten ging es Schmidt-Ott, trotz seiner 73 Jahre und Einkünfte aus Ämtern wie dem Aufsichtsrat der *IG-Farbenindustrie A. G.*, vorrangig um die Fortsetzung seiner Präsidentschaft bzw. Mitgliedschaft in der NGDW bzw. DFG und in der

³⁰ Ende 1918, in der Phase des Zusammenbruchs, hatte Schmidt-Ott noch die Mitglieder des *Volksbunds*, der *Vaterlandspartei* und des *Unabhängigen Ausschusses für einen Deutschen Frieden* zu einer gemeinsamen Sitzung in der *Königlichen Bibliothek* eingeladen, um eine „levée en masse“ auszurufen. Der *Kunstwart und Kulturwart* schrieb, der Eindruck von dieser Besprechung sei „fürchterlich“ gewesen (Troeltsch, Gesamtausgabe, S. 203, Anm. 12).

³¹ Auer, *Leben*, 390.

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG). Seine Korrespondenz mit nationalsozialistischen Ministern zeigt das Porträt einer Persönlichkeit, deren Eigeninteresse so groß ist, dass sie, ohne die NS-Weltanschauung zu vertreten, sich dem Regime weitgehend andient. Im März 1933 hatte er bereits seine ursprüngliche Ansicht korrigiert, die von Hitler geführte Koalition mit den Deutschnationalen stelle keine Zäsur dar. Er befürchtete nun starke Veränderungen, von denen auch er betroffen sein könnte. Es war ihm zugetragen worden, er sei für die „Bewegung nicht tragbar“. Umgehend versicherte Schmidt-Ott, er werde für die „eifrige Mitwirkung der Notgemeinschaft bei der Wiederaufbauarbeit der neuen Regierung“ sorgen. Im April 1933 entließ er alle DFG-Mitarbeiter mit „nicht-arischer Abstammung“ und diejenigen, die der NSDAP politisch nicht wohlgesinnt waren. Er verhinderte die Erteilung eines Stipendiums an einen „nichtarischen“ Antragsteller, obwohl der zuständige Fachausschuss positiv votiert hatte.³²

Die politisch motivierten Reinigungsaktionen in der DFG betrafen Mitglieder des KFMV indirekt, die erzwungenen Verabschiedungen in der KWG dagegen direkt. Die Senatoren der KWG hatte die Gesellschaft vor Jahren entweder aus ihrer Mitte gewählt oder waren vom Minister ernannt worden. Sechs KFMV-Mitglieder hatten sogleich oder später ihr Senatorenamt aufgeben müssen. Vier von ihnen waren jüdischer Herkunft – Jakob Goldschmidt, Paul von Schwabach, Leopold Koppel und Ernst von Simson –, zwei „arischer“: Oskar Mulert und August von Trott zu Solz. Friedrich Schmidt-Ott und das „jüdische“ KFMV-Mitglied Franz von Mendelssohn wurden 1933 wiedergewählt; 1935 rückte in einer „Ergänzungswahl“ das „arische“ KFMV-Mitglied, der Staatsrat Emil Ritter von Stauß, nach. Nach dem Tod von Franz von Mendelssohn verstärkte der Schatzmeister Gustav Winkler, Mitglied der DAF und *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* (NSV), 1936 die Fraktion der „Arier“ in der KWG (Abb. 10). Sogleich nach seinem erzwunge-

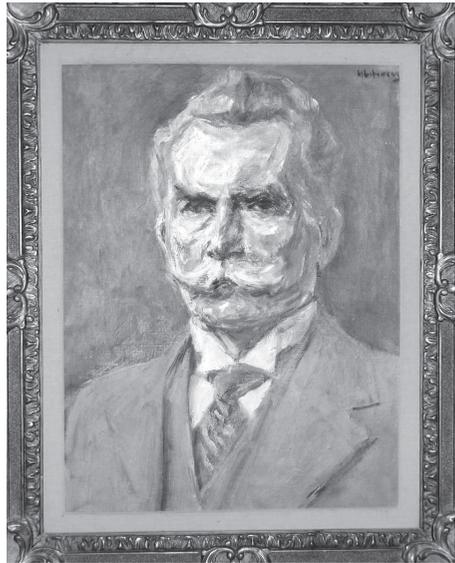


Abb. 10: Gustav Winkler, gemalt von Max Liebermann (1847–1935)

³² Flachowsky, Notgemeinschaft, S. 110–163.

nen Ausscheiden aus der KWG verließ von Simson auch den KFMV. Als er diesen Schritt förmlich und anschließend noch zusätzlich in einem handschriftlichen Billet Schmidt-Ott mitteilte (29.5.1938) und „mit der Niederlegung meines Aufsichtsratsmandats bei der I. G.“-Farben in Verbindung brachte, begnügte sich dieser mit der für Zimmermann gedachten Marginalie: „Vertraulich/unter Rückerbitt[un]g“. Und nach dem noch im selben Jahr zusammen mit seiner Frau Martha, geb. von Oppenheim, erfolgten Gang ins französische Exil, beschränkte sich Schmidt-Ott auf die ebenfalls nur an Zimmermann gerichtete Zeile: „E. v. Simsons Austritt ist schmerz-lich. Heil Hitler! In Trauer.“

Wie weit der Vorsitzende, Mitglied der NSV, in seiner Bereitschaft zur Annäherung an das Regime ging, in welchen Kategorien er dachte und welche konkreten Projekte er vorschlug, enthüllen seine Korrespondenzen als Präsident der NGDW und DFG sowie seine „Als Handschrift gedruckte“, „vertraulich“ eingestufte achtseitige Denkschrift (14.6.1934) für das RMWEV. Dieser Schriftsatz zeichnete inhaltlich ausführlicher und auf Hitlers Aufrüstungspläne zugespitzt die Gedankenlinie nach, die Schmidt-Ott bereits am 24. März in einer an das Innen- und Reichswehrministerium gerichteten Denkschrift skizziert hatte. Beide Memoranden zeigen die gleichen Spuren des Ungeistes, die das Strategiekonzept der NS-Führung bestimmten: Nationalismus, Antisemitismus, Autoritätsfixiertheit, Opportunismus und einen föderalismusfeindlichen Zentralismus. Schmidt-Ott ging nunmehr auf die Themen näher ein, die für das NS-Regime über alle Ressortgrenzen hinweg zentral waren: Volkskunde und die „rassenmäßige Erforschung des deutschen Volkes“, geheime Grundlagenforschung für die Rüstungsindustrie sowie die „Grenz- und Saarforschung“. Außerdem bekundete er die Bereitschaft, die Rassenpolitik sowie die Kriegswirtschaft fördern zu wollen. Ergänzend trug Schmidt-Ott im Innen-, Wehr- und Luftfahrtministerium seine Erfahrungen aus rüstungstechnischen Vorhaben im Ersten Weltkrieg und aus geheimen Forschungsprojekten für die Reichswehr in der Nachkriegszeit vor. Dabei ließ er lediglich die Giftgasforschung unerwähnt, warb aber für die übrigen, ganz im Sinne des Regimes formulierten „Zukunftsaufgaben der deutschen Wissenschaft“, sogar in Beiträgen für Berliner Tageszeitungen.

Alle seine Bemühungen blieben erfolglos. Innenminister Frick hatte Schmidt-Ott bereits im Mai 1933 unmissverständlich empfohlen, unter Hinweis auf sein Alter zurückzutreten. Als dieser der Aufforderung zur Demission nicht nachkam, betrieb das Regime seine Absetzung. Frick und Rust stellten das Amt zur Disposition, beauftragten Schmidt-Ott aber, die Geschäfte interimistisch vorerst weiterzuführen. Nun beeilte er sich, in einem DFG-Rundbrief zu versichern, die Gesellschaft stehe „für die praktischen Gegenwartsaufgaben“ bereit, „die der Führer [...] gestellt“ habe. Ein neues Projekt werde „das Material für die praktische Eugenik und die neuen Aufgaben der Gesetzgebung“ erweitern. Durch dieses ideologisch akzentuierte Engagement

meinte Schmidt-Ott erwarten zu dürfen, dass ihm die DFG-Präsidentschaft weiterhin zugesprochen würde. Dabei richtete sich seine Hoffnung besonders auf den von ihm langjährig geförderten Vahlen, denn dieser gehörte seit dem Frühjahr 1933 dem Dreimännnergremium an, von dem Hitler die Reorganisation der DFG verlangte. Doch schon im Juni 1933 sollte gerade jener Vahlen gezielt die Entlassung Schmidt-Otts betreiben. Rust störte ebenfalls, dass Schmidt-Ott in der Öffentlichkeit zu stark als Relikt des vergangenen „Systems“ wahrgenommen wurde. Stärker noch irritierte Rust dessen politischer Opportunismus, der sich bereits mit der „demokratischen Wandlung“ nach dem Zusammenbruch der Monarchie gezeigt hatte. Doch ließ der Minister Schmidt-Ott nicht völlig fallen. Er verlangte weder dessen Absetzung vom Vorsitz einer historischen Forschungskommission – er finanzierte ihn bis 1945 uneingeschränkt und mit steigenden Zuwendungen – noch behinderte er seine Wahl zum Vorsitzenden im *Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft*, an dessen geheimen Ergebnissen die Rüstungsindustrie und Wehrmacht partizipierten.

2. Versuche einer Gratwanderung

In der Öffentlichkeit erzeugten die Bedrohung durch die Hilfs-„Polizisten“ der SA, die Boykottmaßnahmen gegen „jüdische Geschäftemacher“, die ersten antijüdischen Verordnungen und das *Ermächtigungsgesetz* eine entmutigende Mischung von Furcht und Ängsten. Diese Stimmung und persönlichen Erfahrungen wirkten sich auch auf das Verhalten der Mitglieder jüdischer Herkunft im KFMV aus. Ihre an den Schriftführer oder Vorstand adressierten Austrittserklärungen häuften sich. Selten waren den Schreiben Erläuterungen beigelegt. Zu den wenigen Mitgliedern, die sich nicht mit einem lapidaren Hinweis auf die schwierig gewordenen Lebensumstände oder „Zeitverhältnisse“ begnügen wollten, wie der Regierungs- und Baurat a. D. Alfred Sommerguth (14.4.1933) – er war 1917 eingetreten – oder der Unternehmer Arnold Holzer (27.9.1933) – 1926 hinzugekommen –, zählt der langjährige Mäzen Oscar Wassermann. Der Bankier und Senator der KWG unterstützte im ersten Halbjahr 1933 seine Familie und etliche in Not geratene Glaubensgenossen in der philanthropischen *Gesellschaft der Freunde* finanziell mit so hohen Beträgen, dass er sich nach 33 Jahren die KFMV-Mitgliedschaft nicht mehr leisten konnte. Da sein Rückzug zahlreiche Vereine – u. a. auch die DOG; deren Bestand sollte sich von rund 1.000 (1933) auf etwa 300 Mitglieder reduzieren (1945) – und gemeinnützige Gesellschaften traf, verwendete er für seine Erklärung vom 18. Juli 1933 eine seiner vorgedruckten Karten: „Die gegenwärtige Entwicklung macht es erforderlich, daß ich trotz der großen Senkung meines Einkommens vielen [...] Geldhilfe leiste.“ Ein ebenfalls langjähriges Mitglied, Emil Baerwald, Förderer der *Frommet & Lewin Baerwaldschen Stipendienstiftung*, füg-

te seinem zweiten Schreiben an Güterbock, nachdem ihn dieser gebeten hatte, seinen Entschluss noch einmal zu überdenken, diese Erläuterung hinzu:

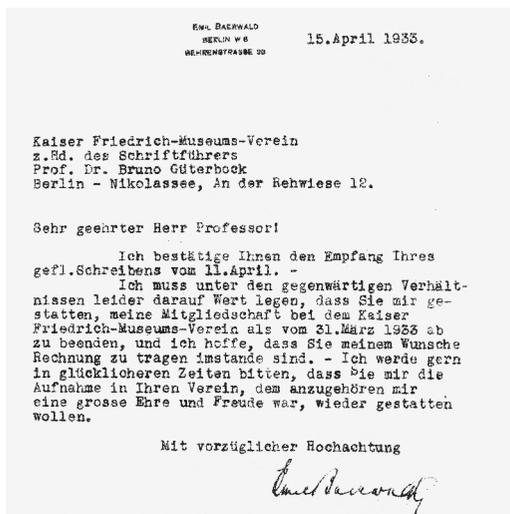


Abb. 11: Baerwald (geb. um 1855) war 1922 eingetreten

Wie häufig Güterbock in jenen Monaten außerdem noch versucht hat, Mitglieder durch seine Anteilnahme, Liebenswürdigkeit und sein persönliches Entgegenkommen vom Verlassen des Vereins abzuhalten, geht aus der Überlieferung nicht hervor. Als Mitbetroffener und langjähriger Schriftführer hat er die sich erheblich verschlechternde Situation der Mitglieder jüdischer Herkunft am besten zu beurteilen und seine Aufgeschlossenheit und Anteilnahme überzeugender als jeder andere im KFMV auszudrücken vermocht. Er registrierte, dass Eberhard Hanfstaengel, Direktor der *Nationalgalerie*, zu den Mitunterzeichnern des *Aufrufs der Kulturschaffenden* gehörte, die sich darin Hitler mit Bekenntnissen andienten wie „Wir glauben an diesen Führer, der unseren heißen Wunsch nach Eintracht erfüllt hat. [...] gehören zu des Führers Gefolgschaft“.³³ Davon hielten sich selbst die „Arier“ im KFMV fern. Mitglieder jüdischer Herkunft, die den KFMV nicht sogleich verlassen hatten, aber die Zukunft doch für unsicher hielten, teilten Güterbock ihre Skepsis mit. Der Bankier Dr. Paul Kempner, Schwiegersohn von Franz von Mendelssohn, schrieb ihm am 6. Dezember 1934, er rechne nicht mit „einer nachhaltigen Aufrechterhaltung“ des Vereins – Kempner trat 1938 aus. Nach dem Erlass des *Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* (15.9.1935) verschärfte die NSDAP auch die strikte Ausführung von anderen anti-jüdischen Verordnungen und vereinsrechtlichen Regelungen reichsweit. Seit Ende 1935 erkundigte sich der Berliner Polizeipräsident verstärkt nach der personellen Zusammensetzung des KFMV und verlangte detailliertere Angaben als je zuvor. In dieser spannungsreichen Lage teilte Güterbock dem Vorstand mit, dass er sein Schriftführeramt zur Verfügung stellen wolle. Diese Absicht wiederholte er am 3. Novem-

³³ Völkischer Beobachter (Berliner Ausgabe), 18.8.1934.

ber 1936 mit Hinweis auf sein fortgeschrittenes Alter – er war nur zwei Jahre älter als Schmidt-Ott – und seine schwankende Gesundheit. Beide Begründungen können zwar ihre Berechtigung haben, doch sind sie nicht überzeugend. Güterbock konnte aus der Ministerialkorrespondenz der vorangegangenen Monate unschwer erschließen, dass seine Weiterbeschäftigung wegen der judenfeindlichen Gesamtatmosphäre nicht mehr von Dauer sein würde. Güterbock amtierte noch 14 bzw. 17 Monate, erhielt seine Vergütung (KFMV an Polizeipräsident, 2.4.1938), und seine Mitgliedschaft bestand bis zum Tod.

Diese Entwicklungen im Verein hatte der Wandel in der NS-Kunstpolitik mit beeinflusst. Den Auftakt dazu hatte der Reichsinnenminister Wilhelm Frick mit seinen Forderungen geliefert, die Beamtenschaft und das „gesamte öffentliche Leben“ müssten in absehbarer Zeit weltanschaulich ausgerichtet werden. In Teilen der Öffentlichkeit und besonders im Kreis von Kunstsammlern und Mäzenen riefen die „Säuberungen“ in über einhundert Museen, Sammlungen, Galerien und auch im *Verein der Freunde der Nationalgalerie* (VFNG) Bestürzung hervor. Im Schatten der Querelen um persönliche Macht zwischen den Ministern Goebbels und Rust sowie Rosenberg, Göring und Ley konnten Museen mit ihren Vereinen wie dem KFMV nur fortbestehen, wenn es ihnen gelang, bereits aus den Ankündigungen die „richtigen“ Schlüsse zu ziehen. Wie schwierig ein derartiges Unterfangen sein konnte, zeigt das Scheitern des VFNG, in dem auch 21 Mitglieder des KFMV vertreten waren. In der Darstellung seiner Geschichte wird mit Recht die Vorbildfunktion des KFMV für die Gründung des VFNG (1929) hervorgehoben. Die vergleichende Betrachtung zeigt, wie ähnlich die Organisation beider Vereine, ihre Satzungen und Sozialstruktur waren. Seit 1933 führte ein hoher NS-Funktionär den Verein, und nach 1935/36 folgte der Vorstand praktisch durchgängig der NS-Kunstpolitik. Von seinen als „entartet“ deklarierten Kunstschätzen und seinen als „jüdisch“ angesehenen Mitgliedern trennte er sich. Nach der Verfolgung, Ermordung oder erzwungenen Emigration dieser und dem Austritt auch nichtjüdischer Mitglieder schrumpfte der VFNG bis zur Bedeutungslosigkeit. Sein Kunstbesitz wurde „in die Welt verstreut“, resümiert die Verfasserin, und nach 1945 hätten „die Freunde [...] nie wieder zu ihrem Gefühl der Verbundenheit mit der Berliner Institution“ zurückgefunden.³⁴

Das RMWEV war bis 1937 bemüht, eine Steigerung des Einflusses von Goebbels und der RKK auf die Kultusverwaltung zu verhindern und den Alleinauftrag zur „Säuberung“ der preußischen Sammlungen zu erhalten. Goebbels vermochte jedoch den von der NSDAP favorisierten Aktmaler Adolf Ziegler zum Präsidenten der *Reichskammer der bildenden Künste* zu ernennen, hatte Kunst-Kritik untersagt und

³⁴ Meyer, Gesellschaft, S. 34. – Der Verein hatte Anfang 1945 nur noch 15 Mitglieder.

Rust gedrängt, endlich die seit langem angestrebte „Judenreinheit“ in den Kultur- und Bildungsbereichen herzustellen. In dieser unübersichtlichen Situation war es opportun, den zuständigen Ministerien keinen Grund zum Eingreifen zu geben. Ein derartiges „Abtauchen“ war möglich, wenn eine Institution den „Gleichschaltungsanordnungen“ nicht offensiv widerstand, finanziell und personell unauffällig agierte sowie sich inhaltlich nicht zu stark exponierte. Das Agieren des KFMV-Vorstands an der Grenzlinie, das dem Verein den Fortbestand durch stillschweigende Duldung von oben und den Mitgliedern wenigstens Reste eines „normalen“ Vereinslebens sicherte, musste durch flankierende Maßnahmen gestützt werden. Für den KFMV bestanden sie in einem weit gespannten Netzwerk und in dem geschickt vermittelten Eindruck, es gebe im Vorstand gewisse Übereinstimmungen mit dem Regime. Der KFMV-Vorstand erreichte mit einem derartigen Verhalten zumindest, dass die Weiterbeschäftigung von Güterbock bis Ende 1937 geduldet wurde. Außerdem akzeptierte der Minister seine Funktion als geborenes Vereinsmitglied – Rust ließ zumindest seine Beiträge überweisen – und stellte die Rechtsform des KFMV als juristische Person nicht infrage.

Den „neuen Kurs“ und den Grad der Bereitschaft etlicher Kuratoren, sich den weltanschaulichen Erwartungen, respektive Anweisungen anzupassen, demonstrierten Ausstellungen, ein unverhüllter Antisemitismus und Reden von geringer fachwissenschaftlicher Substanz. Die Präsentation *Große Deutsche in Bildnissen ihrer Zeit* der *Generalverwaltung der Staatlichen Museen zu Berlin* (1936) und Reichsausstellungen wie *Gebt mir vier Jahre Zeit* in Berlin (1937) oder *Entartete Kunst* in München (1937) kamen dem Verlangen des Regimes weitgehend nach. Die *Nationalgalerie* deponierte ihre „Gemälde von der Hand jüdischer Maler [...] in einem Abstellraum“ (26.1.1939). Die NSDAP hielt ihre Mitglieder und Sympathisanten in allen Institutionen an, Abweichungen vom offiziellen Kurs zu melden. Parteimitglieder in Vereinen und die *Gefolgschaften* in Museen verlangten deshalb nachdrücklicher als zuvor, es müsse der „jüdische Einfluß abgebaut“ werden, damit der „neue Geist“ herrschen könne. Im November 1937 griff ein Mitarbeiter des Kaiser-Friedrich-Museums, Walter Hansen, auf der *Ersten Tagung deutscher Museumsdirektoren* die Versammelten mit Worten an, die einen „Tumult“ ausgelöst und zu einem Dienststrafverfahren gegen Zimmermann geführt haben, weil er ein Mitversucher gewesen sein sollte:

„Wir lassen uns bei der Durchführung dieser Aufgabe weder von verkalkten Museumsbonzen noch von jüdisch-marxistisch verseuchten Kunsthistorikern stören, auch nicht von kunstbolschewistisch geschulten Ausstellungsleitern und einfach übernommenen Juroren aus der Verfallszeit. [...] Hier Wandel zu schaffen, kann nur Aufgabe einer jungen Generation sein, da die teilweise noch beamteten Vertreter kunstpolitischer Belange aus der alten Generation ihr Ver-

sagen nur zu offensichtlich herausgestellt haben.“ Den Skandal löste der Satz aus: „Wir lehnen den Ghettomaler Rembrandt ab.“³⁵

Seit dem Sommer 1937 arbeitete Hansen sowohl in der Kommission zur „Sicherstellung“ der *Werke deutscher Verfallskunst seit 1910* als auch am *Kaiser-Friedrich-Museum* im Auftrag von Rust an einem *Kunstpolitischen Archiv Entartete Kunst*. Im September 1938 kündigte das RMWEV, vom RMVP und der RPL getrieben, den Museen weitere „Säuberungen“ von „Entarteter Kunst“ an und nahm „jüdischen“ Verbänden und Vereinen rückwirkend den Status der Körperschaften öffentlichen Rechts. Zimmermann wurde im März 1938 für zweieinviertel Jahre bei vollen Bezügen vom Museumsdienst suspendiert; er trat sein Amt als Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums erst im Juni 1940 wieder an.³⁶ Parallel dazu setzte die dritte Welle systematischer Vertreibungen von „Juden“ und die „Arisierung“ der restlichen als „jüdisch“ deklarierten Wirtschaftsunternehmen ein. Der KFMV beendete seine Bankgeschäfte mit *Mendelssohn & Co.* und wechselte zur *Deutschen Bank*. Das *Pergamon-Museum* warb 1937/38 in einer Postwurfsendung für Führungen mit dem Hinweis „Nur für nichtjüdische Haushalte“, und die Staatlichen Museen zu Berlin untersagten „Juden“ den Zutritt (5.12.1938).

Das Mitglied des KFMV Oscar Mulert ist zu der Gruppe der entschiedenen Opportunisten im KFMV zu rechnen. Bis 1933 präsierte er im *Deutschen und Preussischen Städtetag*, war Senator der KWG und Mitglied des Reichswirtschaftsrats. 1933 amtierte er unter der Aussicht des Reichskommissars Hermann Kuenzer vorübergehend als Präsident der DG1914 und bot Hitler die loyale Mitarbeit der kommunalen Spitzenverbände an. Der „Führer“ lehnte jedoch ab, löste die Verbände auf und entließ Mulert. Nun fragte dieser an, ob der Verein „judenrein“ sei (am 31.5.1938). Für den Fall, dass es noch „Juden“ gebe, drohte er dem Vorstand mit seinem Austritt.

3. Der Verein im politischen und gesellschaftlichen Netzwerk

Das gesamte Netzwerk, in dem der KFMV agierte, kann wegen der hohen Zahl der Kontakte nicht einmal skizziert werden. Ebenso wenig lassen sich auf dem beschränkten Raum die Kontakte zur Staatsführung und Ministerialverwaltung, zu Parteifunktionären, Unternehmen, Banken und Verbänden näher darstellen. Darüber hinaus bestanden zwischen Schmidt-Ott bzw. zwischen Vereinsmitgliedern unterschiedlich feste Beziehungen zur NSDAP auf Reichs-, Gau- oder lokaler Ebene sowie zu Amts-

³⁵ Hansen, Zielsetzungen, S. 13; Baensch, Museen, S. 53.

³⁶ Grabowski/Winter, Politik, S. 280–285.

trägern einzelner Gliederungen. Auf der wirtschaftlich-unternehmerischen Ebene waren offensichtlich die Bande zum *I. G. Farben-Konzern* höherrangig und am stärksten. Schmidt-Ott war Aufsichtsratsmitglied und arbeitete dort mit den KFMV-Mitgliedern Jakob Goldschmidt, Ernst von Simson, Louis Hagen, Arthur von Weinberg und Hermann Schmitz zusammen. Schmitz fungierte seit 1926 als ordentliches Vorstandsmitglied der *I. G. Farben*; 1935 rückte er als Nachfolger von Carl Bosch zum Vorstandsvorsitzenden auf. Ebenso wie das Mitglied Emil Georg Ritter von Stauß, Direktor der *Deutschen Bank*, hatte er schon vor 1933 mit Hitler Kontakt gehabt.³⁷

Schmidt-Ott konnte als Mitglied der *Kaiserlich Leopoldinisch-Carolinischen Deutschen Akademie der Naturforscher* in Halle die Schwierigkeiten miterleben, die deren Präsident, der international hoch angesehene Physiologe, der Geheime Medizinalrat Dr. Emil Abderhalden, zu bewältigen hatte. Im Sommer 1933 beschwor dieser in seinem Tätigkeitsbericht ein solidarisches Verhalten mit den Worten:

„[Eine] vollständig auf sich angewiesene Akademie kann nur dann die von ihr übernommenen Aufgaben vollwertig erfüllen, wenn sie vom einmütigen Willen ihrer Mitglieder, kraftvoll mitzuwirken, getragen wird“.

Ihm war bewusst, dass nur die innere Geschlossenheit und ein nachdrücklicher Rekurs auf den internationalen Ruf der Akademie die parteipolitische Instrumentalisierung werde verhindern können. Deshalb bemühte er sich darum – anders als der KFMV –, den Akademiemitgliedern seine Einstellung zu verdeutlichen und möglichst alle auf seine Linie einzuschwören: Keine Anpassung an eine politische Partei oder an das Regime. In dem auch für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht liest sich die Botschaft so: „Die Akademie bewahrte durch alle Zeiten hindurch ihre volle Unabhängigkeit. Sie war in ihrem Wirken stets auf die eigene Leistungsfähigkeit gestellt.“ Doch Abderhaldens Bemühungen scheiterten. Max Planck plädierte in dieser Lage für einen kompromissbereiten Kurs. Wie „die Bäume im Wind“ müsse man sich abducken, damit dem sich zeitweilig Angepassten später ein „Wiederaufrichten“ möglich sei. Doch zu dieser bedenklichen politischen Philosophie musste, wenn sie überzeugend gelebt werden und nicht in Opportunismus versinken sollte, ein hoher moralischer Anspruch des Handelnden hinzukommen. Planck bezeugte Mut, als er 1935 zu einer offiziellen Gedächtnisfeier anlässlich des einjährigen Todestags des auch von

³⁷ Eine gemeinsame Mitgliedschaft im KFMV musste nicht zwangsläufig zu Rücksichtnahme und Wohlverhalten führen. Stauß hinderte es z. B. nicht, sich bei der „Arisierung“, also den Aktionen zur Enteignung des Zigaretten-Unternehmens der Gebrüder Eugen und Moritz Garbáty zu bereichern.

Schmidt-Ott im Stich gelassenen Fritz Haber³⁸ Wissenschaftler einlud, obwohl Rust eine Teilnahme untersagt hatte. Die KWG handelte damit trotz aller Anpassungen würdig. Wie wenig selbstverständlich eine derartige Handlung im NS-Regime war und wie gering sogar die Bereitschaft zu einer viel schwächeren Geste später werden sollte, beweist der Verzicht der Vorstände von KFMV und DOG auf eine Feier beim Tod ihres langjährigen Geschäftsführers und ebenfalls verdienten Wissenschaftlers Bruno Güterbock. Damals erschien nicht einmal ein Nachruf.³⁹

Zimmermann war nicht zuletzt in Hinblick auf seine nach der Rede von Walter Hansen erfolgte, sich jahrelang hinziehende Suspendierung vom Direktorenamt des Kaiser-Friedrich-Museums offenkundig darauf bedacht, möglichst jeden Konflikt mit Ministerien und der NSDAP zu vermeiden.⁴⁰ Wohlwissend, dass die „Rassenfrage“ sich zu einem der schärfsten Angriffspunkte entwickelt hatte, befand er sich mit Schmidt-Ott schnell auf einer Linie der Besorgnisträgerei und Unterstellung. Zimmermanns Verhalten nahm zunehmend den Charakter der Dienstbeflissenheit gegenüber den Machthabern an. Er trat in den NSV ein und in den *Reichsbeamtenbund*. Im KFMV suchte er geradezu manisch von zwei Bankiers eine Auskunft über ihr konfessionelles Bekenntnis zu erlangen (2.5.1938). Er bewies vorausseilenden Gehorsam, wenn er Schmidt-Ott fragte, ob man sich nicht besser von dessen Stellvertreter, Ernst von Simson, trennen solle und ob es ratsam sei, den Beisitzer Dr. Paul Kempner noch länger im Vorstand zu belassen (19.11.1937). Wie man die ihm unangenehme Situation weiter behandeln solle, wusste Zimmermann auch sogleich vorzuschlagen. Er wolle die mit Kempner bereits bestehende Verabredung nutzen, um dabei „dann auch gleich die Frage des Vorstandes [...] anzuschneiden“. Diese Strategie eines individuellen, persönlichen und subtilen Druckes – es ist dazu selbstverständlich nichts Schriftliches überliefert – könnte sich möglicherweise auch bei weiteren Mitgliedern jüdischer Herkunft als erfolgreich erwiesen haben, die nicht beabsichtigten, aus eigenem Antrieb den KFMV zu verlassen. Ein halbes Jahr später rechtfertigte sich Zimmermann gegenüber Longinus Jäckel, dem Prokuristen aus Winklers Firma, der die Finanzen des KFMV zumeist bearbeitete, für die verzögerte Aufklärung eines seiner

³⁸ „Meine Tradition verlangt von mir [...], daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassenmäßigen Beschaffenheit zu fragen. Sie werden von einem Mann, der im 65. Lebensjahr steht, keine Änderung der Denkweise erwarten“ (Haber an Rust, 30.4.1933, nach: Hammerstein, Forschungsgemeinschaft, S. 92f.).

³⁹ Bei seinem Ausscheiden als Schriftführer soll ihm Wilhelm II. „ein herzliches persönliches Schreiben und eine Bildplakette“ zugesandt haben (Auer, Leben, S. 284).

⁴⁰ Petra Winter fragt sich, was Zimmermann in jener Zeit tat, wer „die treibende Kraft hinter seiner Maßregelung“ war und ob diese „Maßregelung des ranghöchsten Kunsthistorikers der Berliner Museen als eine Art Exemplum dienen“ sollte (Grabowski/Winter, Politik, S. 284).

Verdachtsfälle. Er wies ihn darauf hin, dass sich „die Anfrage wegen der beiden Bankiers, deren arische Abstammung uns zweifelhaft erschien“, wegen eines Krankheitsfalls verzögere (2.5.1938). Und schließlich wollte er von Schmidt-Ott bestätigt haben, dass Fräulein Marie Luise Stock, Mitglied seit 1923 auf Lebenszeit, „auch sicher Arierin“ sei (5.8.1940). Einer „Jüdin“ wollte er den weiteren Bezug der Zeitschrift „Berliner Museen“ nicht mehr ermöglichen.

E. Das Schicksal der „jüdischen“ Mitglieder

1. Die offizielle Erklärung der „Judenreinheit“

Nach dem 30. Januar 1933 hatte zwar Güterbocks einfühlsame Korrespondenz den Austritt jüdischer Mitglieder in einigen Fällen verhindern können, doch mussten seine Versuche mit der voranschreitenden Herrschaftssicherung der NSDAP zunehmend erfolglos bleiben. Jäckel mahnte am 13. November 1937 eine Vorstandsentscheidung zur ungeklärten Position der „nichtarischen Mitglieder“ an. Zimmermann (Abb. 12) schlug Schmidt-Ott am 20. Mai 1938 brieflich vor, bestimmte „jüdische“ Mitglieder in die Antwort an das RMWEV einfach nicht mit einzubeziehen:



Abb. 12: Ernst Heinrich Zimmermann (1886–1971)

„Sie stimmen mir wohl bei, wenn ich die nichtarischen Mitglieder, die vor der Inflation durch einen einmaligen Betrag lebenslängliche Mitglieder geworden sind und jetzt nicht mehr zahlen, als ausgeschieden ansehe.“

Dieser Vorschlag stand der ministeriellen Absicht entgegen. Er war ganz im Sinne der Satzung formuliert, die einen Austritt nicht vorsah. Zum Jahresende 1937 hatte der Verein 37 Mitglieder, 16 hat den „Lebenslangen“-Status, 19 hatten jährlich zu zahlen. Rust nutzte seine amtsbegründete Mitgliedschaft im KFMV-Vorstand dazu, dem Verein mit seinem Austritt zu drohen, falls der Vorstand ihm nicht umgehend die „Judenreinheit“ der Mitgliedschaft offiziell zusichere. Zusätzlich kündigte er Schmidt-Ott für den Fall der erneuten Verschleppung seiner Aufforderung an, dass er jedem Beamten die Aufrechterhaltung einer bestehenden Mitgliedschaft, den Beitritt und eine Fördertätigkeit untersagen werde (31.5.1938). Daher wies Schmidt-Ott – Gleiches unternahm aus demselben Anlass die

DOG⁴¹ – in einem am nächsten Tag ausgefertigten Rundschreiben alle Mitglieder auf die verbindliche Gesetzesbestimmung hin, dass sämtliche Mitglieder „das Reichsbürgerrecht besitzen“ müssen. Ein fehlender Nachweis musste den Ausschluss nach sich ziehen. Die eilig angesetzte Befragung erbrachte nicht das vom Vorsitzenden erhoffte Ergebnis. Ein „Arier-Nachweis“ als bestmöglicher Beleg fand sich nicht durchgehend.⁴² Eine systematisch und akribisch geführte Mitgliederliste existierte im KFMV ebenso wenig. Der Verein könne den misslichen Umstand nicht beseitigen, schrieb Schmidt-Ott dem Minister (6.4.1938),

„da viele Mitglieder im letzten Jahr nicht bezahlt haben und vorher nochmals angemahnt werden müssen. Eine heute aufgestellte Liste würde daher viele Mitglieder umfassen, die beabsichtigen auszutreten.“

Doch nun musste der Vorstand trotz des ungenügenden Rücklaufs umgehend entscheiden. Der an Rust am 8. Juni 1938 gesandte Brief fiel ungewöhnlich aus (Abb. 13). Der Vorsitzende des KFMV unterließ es bewusst, seinen Namen an den Kopf des Schreibens zu setzen. Dort finden sich allein die offiziellen Angaben zur absendenden Institution und zur amtlichen Funktion des Unterzeichnenden sowie zu seinem privaten Wohnsitz. Der konventionelle Schriftsatz ist ohne Anrede, nüchtern, kühl und lapidar gehalten. Er bezieht sich auf einen nicht näher bezeichneten Vorgang, setzt die eigentliche sachliche Eröffnung in einen Nebensatz von sechs Worten und verliert mehr Worte zur Liste in der Anlage. Die Bekanntgabe endet im Ton des Beiläufigen, der in scharfem Widerspruch zum Effekt des Mitgeteilten steht: die Konsequenzen für den Verein als Institution, für sein Selbstverständnis und Ansehen in der Öffentlichkeit, die Unklarheit über die Rechtsstellung im Polizei- und Verwaltungsapparat des völkischen Führerreichs und schließlich die Bedeutung des Schrittes für die verbliebenen Mitglieder. Der Brief endet mit der im amtlichen Schriftverkehr verlangten Achtungserweisung gegenüber dem „Führer“ und der überflüssigen

⁴¹ In welchen engen Grenzen sich selbst die Geschichte einer bedeutenden, international tätigen Gesellschaft wie der DOG nur hat rekonstruieren lassen, zeigt der Aufsatz von Wilhelm, Tigris, S. 10f., in dem der Verfasser auf den zwar archivierten, aber unvollständig überlieferten Briefwechsel zwischen Walter Andrae und Rust verweist. Auch für die DOG lassen sich vereinsintern geführte Debatten über die verlangte Meldung zur „Judenreinheit“ und der Entscheidungsprozess auf archivalischer Grundlage nicht darstellen.

⁴² Das Mitglied mit dem größten Vermögen in dieser Zeit, der Fürst von Donnersmarck, ließ aus Rotach-Egern/Tegernsee am 8. Juni 1938 dem Vorsitzenden in einem originellen Wortgefüge mitteilen: „Der Ordnung halber möchte ich darauf hinweisen, dass ich nach seinerzeitigem Uebergang von Oberschlesien-Ost – wo mein gesamter Besitz gelegen ist – an Polen von selbst und ungefragt polnischer Staatsangehöriger wurde, wenn auch deutschen Stammes. Ich nehme aber an, dass es sich bei betreffender Benachrichtigung nur um die arische Abstammung handelt, sodass ich auch als polnischer Staatsangehöriger volksdeutschen Stammes weiter Mitglied des Kaiser Friedrich-Museums-Vereins bleiben kann. [...] Mit volksdeutschem Gruss.“

Wiederholung der bereits im Briefkopf genannten Funktion des Schreibers. Diese Antwort markierte das Ende von Ausweichmanövern und bildete die Ausgangsposition einer Vereinsituation, die Vorstand und Mitglieder belastete.

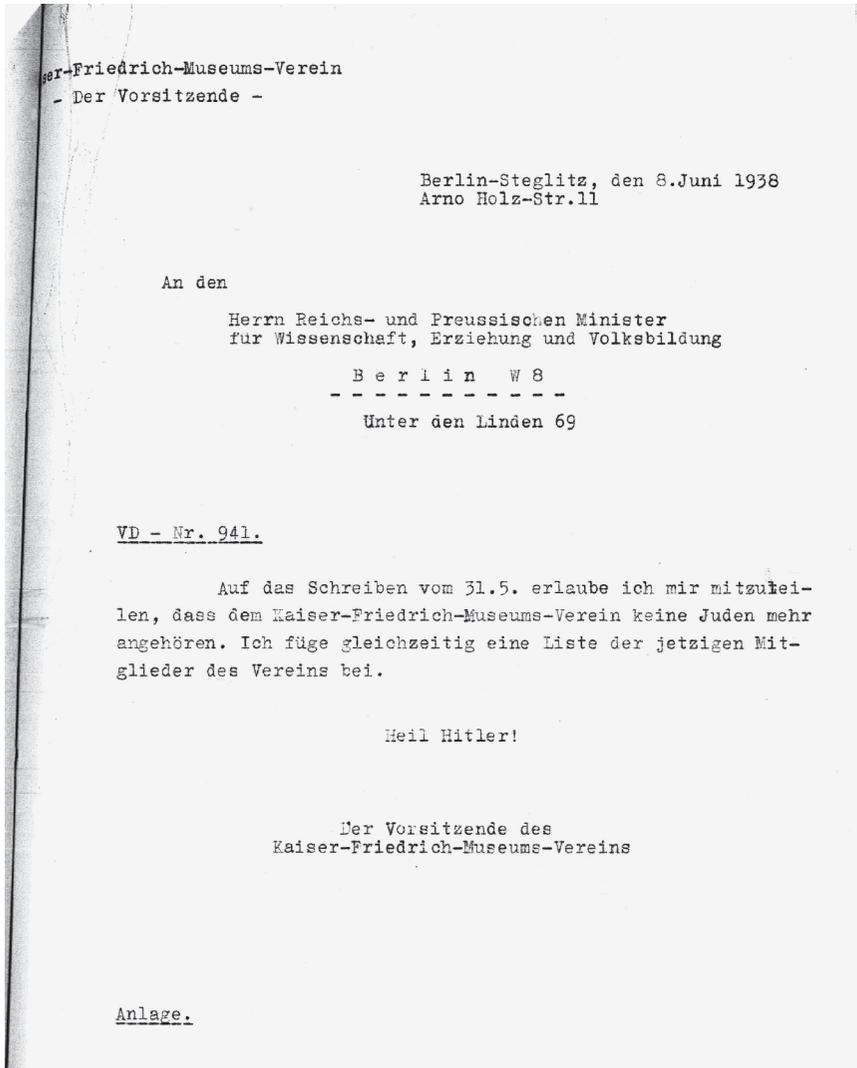


Abb. 13: Schmidt-Ott antwortet Rust, der am 31.5.1938 „die Ausscheidung der noch vorhandenen jüdischen Mitglieder“ verlangt hatte

2. Verfolgung und Vertreibung, Emigration und Tod

Auf die erste, sogleich 1933 einsetzende Austritts- und auch Emigrationswelle folgten eine zweite nach dem Erlass der *Nürnberger Gesetze* und die dritte im Verlauf von 1938. Das NS-Regime suggerierte in den ersten Jahren nach Regierungsantritt ausgewählten „jüdischen“ Unternehmern, Produzenten und Händlern, Bankiers und etlichen Arbeitnehmern, es gäbe für sie persönlich und für ihre Arbeit eine Zukunft in Deutschland. Der Staat war auf die ungestörte Produktion in etlichen Bereichen angewiesen, auf die Stabilität der internationalen Kontakte im Banken- und Handelswesen bedacht und bemüht, alles zu vermeiden, was im Ausland zu Boykottaktionen gegen das Deutsche Reich hätte führen können. Dennoch trauten einige Mitglieder des KFMV der politischen Lage und den offiziellen Bekundungen vor dem Hintergrund ihrer gegenteiligen Erfahrungen nicht. Die Berliner Unternehmer Martin Michalski und Dr. Oskar Oliven emigrierten in die Schweiz. Olivens Unternehmen wurde 1937 ebenso „arisiert“ wie das Kaufhaus von Georg Wertheim, der zum gleichen Zeitpunkt aus dem Verein ausgetreten war. Ludwig Katzenellenbogen, Mitglied seit 1925, verließ den KFMV zum 31. März 1933; Katzenellenbogen musste emigrieren, wurde von der Gestapo dennoch aufgespürt und verstarb 1944 nach seiner KZ-Gefangenschaft.

Dem Vorstand des KFMV war nur im Ausnahmefall das von einem Mitglied favorisierte Zielland und kaum häufiger die Emigration selbst bekannt, wie im „Fall“ Adolf Mayer. Güterbock erfuhr von dem im Mai 1933 erfolgten Wohnortwechsel des Unternehmers erst durch einen Brief der noch bestehenden, in Mannheim ansässigen Firma:

„Ihre Zuschrift an Herrn Adolf Mayer, Mannheim[,] kam in unseren Besitz und teilen wir Ihnen mit, dass Herr Mayer im Mai seinen Wohnsitz in Mannheim aufgegeben hat, um nach dem Ausland zu verziehen. – Wir bitten Sie daher[,] Herrn Mayer aus der Liste Ihrer Mitglieder zu streichen.“

Das Exilland bleibt in den meisten Fällen unerwähnt. In den Tagen und Wochen vor ihrer erzwungenen Emigration haben die Mitglieder weder die Zeit gefunden noch daran gedacht, ihre Mitgliedschaft im KFMV zu kündigen. Die Motive für die Wahl des Exilorts waren unterschiedlich und stark von den persönlichen Umständen, den finanziellen Möglichkeiten und vom Informationsstand abhängig. Zuerst bevorzugten die KFMV-Mitglieder die benachbarten deutschsprachigen Länder, wie Dr. Sigmund Wassermann, der in den Niederlanden Aufnahme fand. Oder es waren Österreich und die Schweiz – dorthin gingen Dr. Fritz Sabersky und Albert Max Goldschmidt-Rothschild –, dann zunehmend auch die Tschechoslowakei und Frankreich, das Theodor Max Vogelstein Asyl gewährte. So gut wie nie wählten die Verfolgten

das vom Bürgerkrieg aufgewühlte Spanien (nur vorübergehend: Harry Graf Kessler) oder das faschistische Italien (Dr. Alfred Friedmann-Friters und Dr. Dr. Ernst Saulmann). Es fällt auf, wie selten Großbritannien infrage kam – zu den wenigen, die dorthin gingen, zählte Dr. Ernst Wolff –, und um wie viel häufiger Chile, Argentinien – wie bei Rudolf Löb – oder die Dominikanische Republik gewählt wurden – wie von Erich Maximilian Baron von Goldschmidt-Rothschild.

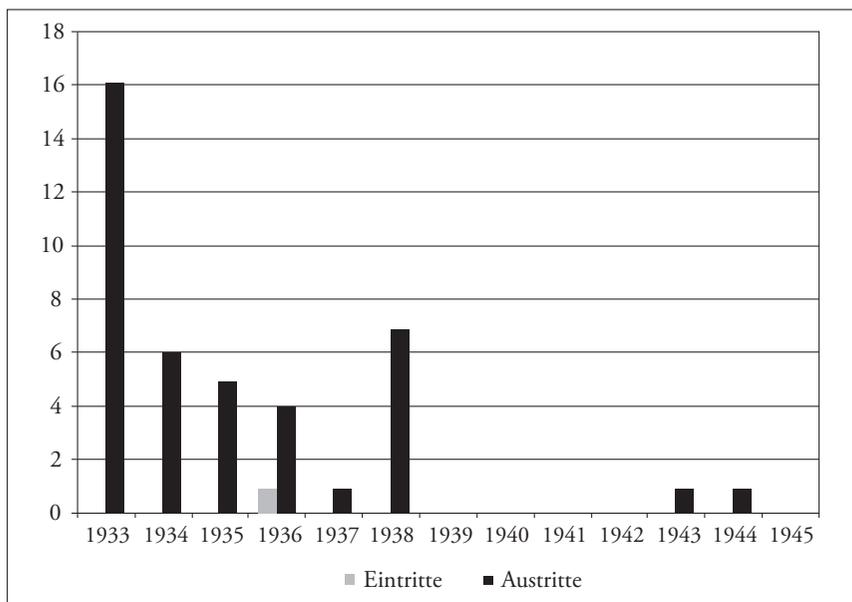
Die zweite Emigrationswelle führte zum Austritt von zwölf Vereinsmitgliedern. Hans Fürstenberg, Kurt Glogowski und Moritz Garbáty-Rosenthal waren unter ihnen. Der Vorstand strich 1938 ihre Namen zusammen mit denen von Abresch, Baare, Friedmann Sabersky und Sobernheim aus der Mitgliederliste. Die dritte Welle antisemitischer Aktionen und antijüdischer Gesetze setzte nur wenige Monate nach der Ausrichtung der Vereine und der schärferen Maßnahmen gegen Unternehmen und Banken ein. Sie erreichte nach den Gewalttaten des 9. November 1938, begleitet von Diffamierungen und systematischen Verfolgungen ihren Kulminationspunkt. Hatte bis zu diesen Ereignissen noch rund zwei Drittel der 1933 im Deutschen Reich lebenden Nicht-Arier mit der Hoffnung auf erträgliche Verhältnisse ausgeharrt, so setzte im Winter 1938/39 eine Flucht bislang unbekanntem Ausmaßes ein. Trotz der erheblich verschärften rechtlichen Bestimmungen, organisatorischen Regelungen und einer enorm gestiegenen finanziellen Ausbeutung der zur Emigration Gezwungenen oder Bereiten, versuchten viele einen offiziellen Ausreiseantrag zu stellen. Die Mitglieder Dr. Kasimir Bett, die Gebrüder Eugen und Moritz Garbáty-Rosenthal, Marie-Anne Kühlmann, Franz Edgar Ullstein und Carl Maximilian von Weinberg gelangten auf diesem Weg relativ schnell in Sicherheit.

Es folgten ihnen in den Jahren 1939 bis 1941 Fritz Andreae – Aufsichtsrat der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, war verheiratet mit Edith, der Schwester Walther Rathenaus, und seit 1935 mit Berufsverbot belegt –, Dr. Paul Kempner – Schwiegersohn von Franz von Mendelssohn –, Rudolf Löb, Dr. Sigmund Wassermann und Dr. Ernst Wolff. Ausgebürgert wurden die Emigranten Hugo Simon (1937), Dr. Gustav Samson (1939), Dr. Dr. Ernst Saulmann (1939) und Walther Salinger (1941). Neben den genannten Personen mussten auch Erna Fleischer, Alfred Friedmann-Friters und Hans Fürstenberg emigrieren sowie Moritz Kurt Glogowski, Erich Maximilian Baron von Goldschmidt-Rothschild, Ferdinand Güterbock, Olga Gussmann, Leo Katz, Harry Graf Kessler, Paul Klotz, Gustaf Schlieper, Richard Semmel, Ernst Bernhard von Simson, Paul Ferdinand Straßmann, Theodor Max Vogelstein, Julius Weiler und Werner Weisbach. Die Zahl der ehemaligen Mitglieder des KFMV, die Deutschland verlassen mussten, erhöhte sich dadurch auf insgesamt mindestens 38 Personen.

Maximilian Müller-Jabuschs Mitgliedschaft ist für die Zeit vor 1945 unsicher – der früheste Nachweis stammt aus dem Jahr 1950, von 1953 bis 1960 ist er stellver-

tretender Vorsitzender. Er erhielt wegen seiner Ehefrau jüdischer Herkunft 1940 Berufsverbot und hatte im letzten Jahr der NS-Herrschaft Zwangsarbeit zu leisten.⁴³ Seine Frau kam im KZ um. Paul Hermann von Schwabach, der nach der gegen Juden hetzenden Sportpalast-Rede von Goebbels am 22. Mai 1934 aus dem KFMV ausgetreten war und dessen Bankhaus Bleichröder 1938 zwangsweise „arisiert“ worden war, wählte im selben Jahr den Freitod – dazu entschied sich im Schweizer Exil auch Albert Max Goldschmidt-Rothschild und Dr. Dr. Ernst Saulmann in Italien. Der Tortur der Inhaftierung im KZ Auschwitz bzw. Sachsenhausen erlagen neben dem Genannten die KFMV-Mitglieder Dr. Alfred Friedmann der Bankier Dr. Richard Friedmann und Ludwig Katzenellenbogen, Generaldirektor des *Schultheiß-Patzenhofer-Konzerns*.

Ein- und Austritte der „jüdischen“ Mitglieder



⁴³ In einem vertraulichen Brief an Wilhelm Solf, den Vorsitzenden der DG1914 (5.5.1933), formuliert er zur Phase der sogenannten Gleichschaltung, in der Schmidt-Ott den Erfolg in einer starken Anpassung an die NSDAP suchte, dass „uns allen die nationalsozialistische Bewegung viel zu fremd ist. Der Nationalsozialismus tritt überall mit dem Anspruch der Ausschliesslichkeit auf und macht Konzessionen nur, wenn die Umstände ganz besonders gelagert sind, und dann nur in dem Umfange, den er selbst bestimmt. [...] Die militante Partei ist jetzt auf dem Höhepunkt ihres Triumphes und bei dieser geistigen Einstellung ist mir ihr nicht zu paktieren.“

In den Jahren der NS-Diktatur verließen mindestens 42 „jüdische“ und mindestens 13 „arische“ Mitglieder den KFMV. Einige von ihnen verstarben bereits in den Dreißigerjahren; in ihren Fällen ist ungeklärt, ob sie vor ihrem Tod aus eigenem Antrieb oder auf Druck eines Vorstandsmitglieds des KFMV ihre Mitgliedschaft aufgekündigt haben. Die bereits in der Endphase der Weimarer Republik auch bei Cassirer & Helbing (Berlin) oder Sothebys (London) erfolgten (Zwangs-)Versteigerungen setzten die Erben der „jüdischen“ KFMV-Mitglieder fort. Vier Auktionen lassen sich nachweisen.

Versteigerungen „jüdischen“ Besitzes

<i>Besitzer</i>	<i>Auktionshaus</i>	<i>Versteigerung / Ableben</i>	
Gutmann, Herbert	Paul Graupe, Berlin ⁴⁴	1934	1942
Mosse, Rudolf	Rudolf Lepke, Berlin ⁴⁵	1934	1920
Bleichröder, James v.	Rudolf Lepke, Berlin	1938	1937
Mannheimer, Fritz	Müller & Cie., Amsterdam	1940	1939

Eine einzige „jüdische“ Persönlichkeit trat nach 1933 in den KFMV ein (März 1936). In einem beschleunigten Umlaufverfahren regelte der Vorstand die Aufnahme von Robert von Mendelssohn jr., Sohn des langjährigen Schatzmeisters Franz von Mendelssohn. Die NSDAP vernachlässigte sein Judentum, weil sie nicht auf seine fachliche Kompetenz verzichten konnte, auf die weitgespannten Beziehungen und enge Vertrautheit mit der Struktur, Organisation und den Geschäften des Bankhauses *Mendelssohn & Co.* Hitler erwartete von ihm eine problemlose „Arisierung“, damit die Kreditwürdigkeit des Deutschen Reiches im Ausland erhalten blieb. Unter staatlichem Schutz führte er zusammen mit dem ebenfalls „jüdischen“ KFMV-Mitglied Rudolf Löb die Übernahmeverhandlungen im Reichswirtschafts- und Finanzministerium, mit dem Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und der *Deutschen Bank* (Hermann Josef Abs). Nach der erfolgreich verlaufenen „Arisierung“ wurde jedoch Löb zur Emigration gezwungen (1939). Im Jahr zuvor hatte er im Rahmen der Umfrage von Schmidt-Ott den KFMV verlassen müssen. Unter dem weiterhin bestehenden Schutz des Reichswirtschaftsministeriums liquidierte Robert von Mendelssohn jr. 1939 *Mendelssohn & Co.* – in seiner neuen Position als Direktor der *Deutschen Bank*.

⁴⁴ Die Firma hatte bereits 1931 den Nachlass von Oskar Huldchinsky versteigert.

⁴⁵ Das Unternehmen hatte zwei Jahre zuvor den Nachlass von James Simon versteigert (29.11.1932).

HANS FÜRSTENBERG

BERLIN W.8 23.10.1936.
BEHRENSTR. 32/33

Verehrte Excellenz!

Nachdem ich im Laufe der letzten Jahre bereits aus der Mehrzahl der Vereine, denen ich angehört habe, ausgetreten bin, habe ich mich nunmehr entschlossen, das gleiche auch für die wenigen noch verbleibenden Vereine zu tun, denen ich bisher noch angehörte. Ich bitte Sie also, freundlichst von meinem Ausscheiden aus dem Kaiser Friedrich-Museums-Verein Kenntnis nehmen zu wollen.

Ihr ergebener

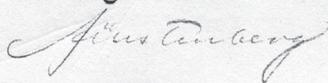


Abb. 14: Der Bankier Hans Fürstenberg (1890–1982), jüdischer Herkunft, musste Ende 1936 nach Frankreich und 1940 in die Schweiz emigrieren. Er adressierte seine Austrittserklärung an Schmidt-Ott.

F. Maßnahmen im Krieg und Auflösungserscheinungen

Nach der Meldung der „Judenreinheit“ am 8. Juni 1938 standen nicht nur die bekannten Pressionen der NSDAP und der Verwaltung einer „normalen“ Betätigung entgegen, sondern alsbald kriegsbedingte Schwierigkeiten. Aus dieser Situation hätte sich der Vorstand mit dem Vorschlag befreien können, in einer außerordentlichen Hauptversammlung über die erhebliche Reduzierung oder Einstellung seiner öffentlichen Tätigkeiten alternativ abzustimmen. Eine Tätigkeit im privaten Kreis, ohne den KFMV offiziell aufzulösen, wäre möglich gewesen, wie es aus der Geschichte anderer Vereine bekannt ist. Zu diesen Schritten ist der Vorstand aber weder sogleich nach 1933 noch Ende der Dreißigerjahre bereit gewesen. Er politisierte bereits früh den Verein mit der Aufnahme von NS-Mitgliedern oder Sympathisanten. Schmidt-Ott und Alfred Hentzen, Kustos bzw. 1940 Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, forderten das Reichstagsmitglied der NSDAP und der *Akademie für Deutsches Recht*, Hermann Schmitz, bereits 1934 erfolgreich zum Eintritt auf – im Juni 1936 übernahm er das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden – und setzten ihre Bemühungen mit Emil Stauß fort (2.11.1935) – Vizepräsident des Reichstags (Fraktion der NSDAP), Mitglied der NSV und des *Reichsluftschutzbundes*. Es folgten Robert von Mendelssohn jr. (13.3.1936) und Ernst Heinkel, Mitglied der NSDAP, dem Schmidt-Ott schrieb, die Mitgliederzahl sei „durch das Ausscheiden der Nichtarier sehr gesunken“ (8.3.1940). Der Unternehmer Kurt Herbert und der Reichskultursenator Wilhelm Kreis – er stieg zum Präsidenten der Reichskammer der Bildenden Künste auf – nahmen die Angebote ebenfalls an (13.11. und 5.12.1940). Albert Speer förderte und pries Kreis mit den Worten:

„Vom Führer ist Wilhelm Kreis zu höchsten Aufgaben berufen. Noch große Planungen harren der gestaltenden Hand dieses Mannes. Möge sie unserem Volke zum Segen noch lange fruchtbar bleiben.“⁴⁶

Der Mediziner Prof. Kurt Vogelsang entschloss sich 1943 zum Eintritt in den KFMV. Diese Werbeaktionen bildeten also auch während der Kriegsjahre einen Teil Geschäftstätigkeit des Vorstands. Dazu zählen außerdem die Einladungen zu den Versammlungen, die jährliche Publikation einer Broschüre als Geschenk für die Mitglieder, der Vertrieb der Zeitschrift „Berliner Museen“, die diese ebenfalls erhielten, die Verwaltung der Kassenbestände – 1943 und 1944 in den immensen Höhen von einer Drittel Million Reichsmark und von mehr als 275.000 RM⁴⁷, die Beratung der jähr-

⁴⁶ Speer, Kreis, o.S.

⁴⁷ Am Jahresende 1943 bzw. im April 1944. – Dagegen betrug die Guthaben am 31.3.1938 nur 1.315 RM, ein Jahr später 7.101 RM, und am 18.1.1940 wies der Kassenbericht 8.175 RM nach.

lichen Haushaltsentwürfe und der Ankauf von Kunstwerken⁴⁸ sowie schließlich die Auslagerung aller wertvollen Objekte an sichere Orte.

Kaiser-Friedrich-Museums-Verein					
Stand vom 17. Januar 1940					

<u>Vorstand:</u>					
	Dr. F. Schmidt-Ott			Vorsitzender	
	Staatsminister				
	Dr. E. v. Simeon			Stellv. Vorsitzender	
	Staatssekretär z. D.				
	Dr. Hermann Schmitz			Stellv. Vorsitzender	
	Geh. Komm. Rat				
	Dr. Gustav Winkler			Schatzmeister	
	Geheimrat Zimmermann			Schriftführer (?)	
<u>Ferner im Vorstand:</u>					
	Landrat v. Willmowsky				
	Staatsrat von Stauss				
<u>Mitgliederliste</u>					
31 Mitglieder, davon 12 <input checked="" type="checkbox"/> vermutlich nichtarisch					
8 <input checked="" type="checkbox"/> lebenslängliches Mitglied od. zahlen keinen Beitrag.					
<input checked="" type="checkbox"/> 1.	Abresch	Bugen	Bergwerkbes.	Neustadt/Hardt	seit 1927/28 keinen Beitr. gezahlt
<input checked="" type="checkbox"/> 6.	von Bissing	Fr. W.	Freiherr Prof. Dr.	Obersandorf/Inn	lebenslängl. Mitglied
<input checked="" type="checkbox"/> 7.	Bloek	Josef	Porträtmaler	Berlin	lebenslängl. Mitglied
<input checked="" type="checkbox"/> 10.	Borchard	Samuel		New York	lebenslängl. Mitglied
<input checked="" type="checkbox"/> 11.	Borchard	Samuel	Frau	New York	lebenslängl. Mitglied.
12.	Blum	Alfred	1/Pa. Gustav Samson	Cottbus	250.-- für 1936/37
<input checked="" type="checkbox"/> 13.	Busch	Rudolf		Mainz	lebenslängl. Mitglied
<input checked="" type="checkbox"/> 18.	Friedländer	Max J.	Dr. Geh. Reg. Rat	Berlin	100.-- für 1936/37
- 2 -					

Abb. 15: Mitgliederliste – Die Namen Block [7], Borchard [10], Borchard [11] und Friedländer [18] sind mit einem roten Kreuz als „nicht arisch“ gekennzeichnet.

Auf einer internen, am 17. Januar 1940 von Jäckel im Auftrag von Winkler aufgestellten, drei Blatt umfassenden Mitgliederliste werden 31 Personen aufgeführt. Eine unbekannte Hand hat 12 mit einem roten Kreuz vor dem Namen als „vermutlich nichtarisch“ markiert. Sie sind auf dem hier gezeigten ersten Blatt (Abb. 15) von mir [B.S.] mit dem roten Kreuz gekennzeichnet. In der folgenden Übersicht sind zwar alle Mitglieder jüdischer Herkunft berücksichtigt worden, doch nur die **gefettet** hervorgehoben, die auf ihr als „vermutlich nichtarisch“ mit einem roten Kreuz markiert worden sind. Zu den zahlreichen Irrtümern – Namen sind falsch geschrieben, Verstorbene, Ausgetretene

⁴⁸ Zwei Skulpturen wurden 1940 erworben: *Charakterkopf* (Franz Xaver Messerschmidt, um 1780), für 203 RM aus unbekannter Quelle erstanden, und *Das Wunder der Heiligen Agnes* (nach Alessandro Algardi, um 1662), für 800 RM angekauft aus dem Nachlass von Anna Lessing (auf dem Einband abgebildet). Beide Kunstwerke sind heute noch Verluste. – Zuvor hatte der KFMV vier Gemälde aufgekauft: *Maria mit dem Kind* (westfälisch/mittelrheinisch, um 1430), für 30.000 RM 1933 von der Galerie van Diemen in Berlin; *Bildnis eines Malers* (Georges de Marées/Georges Desmarées, um 1750/60), für 5.000 RM 1934 von der Kunsthandlung Haberstock in Berlin; *Verkündigung* (oberrheinisch, letztes Drittel 15. Jh.), für 4.578,75 RM 1935 von der Kunsthandlung Haberstock in Berlin; und *Anbetung des Kindes* (Oberbayern [1444]), für 9.000 RM 1938 von der Kunsthandlung Legendecker, Berlin.

und Emigranten mit aufgeführt – gehört auch, dass bei Bum, Busch, Glogowski, Hyde, von Simson und Toepffer die jüdische Herkunft nicht angegeben wird; v. Simson wird der Mitgliederaufzählung sogar noch als „stellv. Vorsitzender“ neben Hermann Schmitz vorangestellt. Vergessen wurde auch Zimmermann, der ebenfalls oberhalb der Liste verzeichnet ist: als „arischer“ Schriftführer. Demnach hätten statt zwölf insgesamt 18 „Juden“ gemäß der NS-Terminologie verzeichnet werden müssen. Von ihnen konnten aber drei 1940 nicht mehr als Mitglieder angesehen werden, da Bum und Landsberg vor 1940 verstorben waren und Wassermann bereits 1939 in die Niederlande hatte emigrieren müssen.

„Jüdische“ Mitglieder auf der insgesamt 31 Namen umfassenden Liste (17.1.1940)

Block	Josef	Porträtmaler	Berlin	lebenslängl. Mitglied
Borchard	Samuel		New York	lebenslängl. Mitglied
Borchard	Frau		New York	lebenslängl. Mitglied
Blum [recte: Bum † 1936]	Alfred	i/Fa. Gustav Samson	Cottbus	250.- - für 1936/37
Busch	Rudolf		Mainz	lebenslängl. Mitglied
Friedländer	Max. J. Dr.	Geh. Reg. Rat	Berlin	100.- - für 1936/37
Glogowski	Kurt		Berlin	lebenslängl. Mitglied
Güterbock	Bruno, Prof. Dr.		Berlin- Nikolassee	beitragsfrei
Hyde	James H.		Paris	150.- - für 1939/40
Landsberg [1938 †]	Kurt		Berlin	lebenslängl. Mitglied
Löb	Rudolf		Berlin-Dahlem	100.- - f. 1936/37
v. Mendelssohn	Robert		Berlin	100.- - f. 1938/39
Sabersky	Fritz	Rechtsanwalt/Notar	Berlin	50.- - 1936/7 lebenslängl. Mitglied
Saulmann	Ernst		Florenz	lebenslängl. Mitglied 500.- - f. 1931/32
v. Simson	Ernst	Staatssekretär z. D., Dr.	Berlin-Dahlem	500.- - f. 1938/39
Toepffer	Hellmut	Staatssekretär a. D. Dr.	Finkenwalde / P.	100.- - f. 1939/40
Vogelstein	Theod[or] Dr.		Berlin	seit 1932/33 keinen Beitrag gezahlt.
Wassermann	Sigmund, Dr.		Berlin	100.- - für 1936/37

Von den im Kaiser-Friedrich-Museum Anfang 1940 noch nachweisbar vorhandenen 29 Mitgliedern waren mindestens 16 – bei Hyde und Toepffer ist die jüdische Herkunft nicht eindeutig belegbar –, maximal 18 Personen im Sinne der NS-Terminologie „Juden“. Für Jäckel war 1940 ein gutes Drittel aller Mitglieder „nichtarisch“ (37,2%); realiter waren aber knapp die Hälfte (46,4%) bzw. mehr als die Hälfte (52,2%) der Mitglieder jüdischer Herkunft. Acht Personen besaßen die lebenslange Mitgliedschaft.

Die Rekonstruktion des Mitgliederbestands im letzten Jahr der NS-Diktatur kann wegen der fehlenden aussagekräftigen Unterlagen lediglich zu einem Ergebnis führen, das eine Annäherung an die historische Realität bietet. Für alle im Folgenden aufgeführten 26 Personen ist keine Austrittserklärung oder eine ähnlich zu bewertende Information überliefert. In KAPITÄLCHEN stehen die 23 Personen, deren Mitgliedschaft bis 1945 relativ sicher ist; sechs Personen besaßen die lebenslange Mitgliedschaft. Die „jüdischen“ Mitglieder sind hervorgehoben.

Rekonstruktion des Mitgliederbestands 1944/45

Abresch, Eugen (1867 – 1952)	Neustadt/Hardt; Unternehmer, Erfinder, 1907 – 14 Mitglied des preußischen Landtags (nationalliberal), große Gemäldesammlung; Eintritt vor 1919.
BORCHARD, Ehefrau (?)	New York; Eintritt: 1922, lebenslänglich.
BORCHARD, SAMUEL (?)	New York, Eintritt: 1922 (?), lebenslänglich.
Castiglione, Camillo (1879 – 1957)	Wien; Bankier; Eintritt 1917.
FRIEDLÄNDER, MAX (1867 – 1958)	Berlin; Kunsthistoriker, Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, kam 1933 mit seiner Kündigung der Entlassung zuvor, 1939 musste er zwar in die Niederlande emigrieren, doch war er nach dem Einmarsch der Wehrmacht für Machthaber und besonders für Göring ein so stark nachgefragter Gutachter, dass er geschützt war; Eintritt 1925/26.
HEINKEL, ERNST (1888 – 1958)	Industrieller, Flugzeugkonstrukteur, 1935 Großlieferant der deutschen Luftwaffe, 1949 als „Entlasteter“ eingestuft; Eintritt 1940.
HENKEL DONNERSMARCK, GUIDOTTO FÜRST VON (1888 – 1959)	Montanindustrieller, Verwaltung der väterlichen Stiftung, förderte die NSDAP, verfügte über enge Kontakte zur Polizei und Gestapo; Eintritt 1917, lebenslänglich.
HERBERTS, KURT (1901 – 1989)	Wuppertal; Unternehmer, Chemiker, Schriftsteller, gründete Malstoffkundliche Sammlung, war mit dem Maler Oskar Schlemmer (1888 – 1943) befreundet; Eintritt am 13.11.1940.
Hildisch, W. (geb. 1870)	Oslo; norwegische Nationalität; Eintritt 1922.
HÜBNER, KARL (1882 – 1945)	Berlin; Unternehmer; Eintritt vermutlich vor 1933 (Auskunft von Achim Türkclitz, Berlin).

HYDE, JAMES (1876–1959)	Lebte seit 1941 nicht mehr in Paris, sondern in NewYork; Kunstliebhaber, Sammler, Mitglied der KWG; Eintritt 1928.
KREIS, WILHELM (1883–1955)	Berlin; Architekt, anfangs von der NSDAP verfeimt, stieg mit suggestiven Gestaltungen zu einem der angesehensten Architekten des Regimes auf (zahlreiche Parteibauten, Denkmale); Eintritt 1941.
KUMMERLÉ, ALFRED jun. (gest. 1949)	Brandenburg; Unternehmer (Kammgarnspinnerei), besaß eine große Kunstsammlung, war am Kunstraub in den Niederlanden beteiligt. – Sechs von seinen sechzig Gemälden aus „jüdischem Besitz“ wurden 2012 restituiert; Eintritt 1918, lebenslänglich.
MENDELSSOHN, ROBERT VON jr. (1902–1996)	Berlin; Bankier, Sohn des Schatzmeisters Franz v. M. (<i>Mendelssohn & Co.</i> ; war 1938 als Liquidator tätig), Kunstliebhaber, Mitglied der jüdischen <i>Gesellschaft der Freunde</i> (1930), wurde zwar als „Mischling“ eingestuft, war jedoch vor Verfolgung geschützt, weil die NSDAP seine Kompetenz und Verbindungen nutzen wollte; Eintritt 1936.
Meyer, Adolf (?)	Berlin; Eintritt 1922.
MEYER, ERICH (?)	[Berlin]; amtierte 1943/44 als Schatzmeister.
MULERT, OSKAR (1881–1951)	Berlin; Teilhaber von Mulert & Goldschmidt (Baumwolle), Präsident des Preußischen und Deutschen Städtetags; Eintritt 1922.
RUST, BERNHARD (1883–1945)	Berlin; „Alter Kämpfer“ (1922), Gauleiter (1925–1933), RMEWV (1934–1945); Eintritt 1934 (war qua Amt ein „geborenes Mitglied“, zahlte aber dennoch Jahresbeitrag).
SCHMIDT-OTT, FRIEDRICH (1860–1956)	Berlin; Kultusminister (1917/18), Wissenschaftsorganisator, Präsident von NGDW und KWG (bis 1933, dann Senator); Eintritt 1920.
SCHMITZ, HERMANN (1881–1960)	Berlin; Industrieller, Mitglied im Aufsichtsrat zahlreicher Aktiengesellschaften, persönl. Berater von Bosch, 1933 Mitglied des Reichstags (NSDAP), erhielt 1941 das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse; Eintritt 1934. – Im IG-Farben-Prozess wurde er 1948 zu vier Jahren Haft verurteilt („Plünderung und Raub“), 1951 begnadigt.
STOCK, MARIE LUISE (?)	Berlin; Eintritt 1923, lebenslänglich.
TOEPFFER, HELLMUT (1876–1946)	Finkenwalde; Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Mitglied der KWG; Eintritt 1914.
VOGELANG, KARL (1901–1972[?])	Berlin; a. o. Prof. für Augenheilkunde; Eintritt 1943.
WILMOWSKY, THILO FREIHERR VON (1878–1966)	Marienthal; Rittergutsbesitzer, Industrieller (Krupp: Aufsichtsrat), Vorsitzender des Wirtschaftsverbands Mitteldeutschland, NSDAP-Mitglied; befand sich 1944/45 im KZ Ravensbrück; Eintritt 1934.
WINKLER, GUSTAV (1867–1954)	Lauban, Berlin; Unternehmer (Textilien), begründet 1919 einen Arbeiterunterstützungsverein, Senator der KWG; Eintritt 1930.
ZIMMERMANN, ERNST HEINRICH (1886–1971)	Berlin; Kunsthistoriker, 1920 Direktor des Germanischen Nationalmuseums und 1936 des Kaiser-Friedrich-Museums; Eintritt vor 1929.

Damit gehört 1944/45 lediglich ein Mitglied jüdischer Herkunft, Robert von Mendelssohn jr., den das NS-Regime ausdrücklich duldete, sicher dem KFMV an. Vier Mitglieder – das Ehepaar Borchard, Max Friedländer und Hyde – lebten bereits seit 1939 im Ausland oder hatten emigrieren müssen. Falls ihre Mitgliedschaft noch bestanden haben sollte, fehlt jeglicher Anhalt für die Annahme, dass sie ihre satzungsgemäßen Rechte noch im letzten Kriegsjahr wahrnehmen können. Bei Hyde und Toepffer bestehen, wie bereits für die Situation im Jahr 1940 angemerkt, Zweifel an ihrem Judentum im Sinne der NS-Terminologie. 1944 wird in der Vereinskorrespondenz auch immer noch *The Secretary National-Collections-Fund* (London) erwähnt und wie ein Mitglied geführt.

G. Eine beklemmende Last und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung

Trotz seiner überdurchschnittlich guten Informationsmöglichkeiten in einem eindrucksvollen Netzwerk hat der KFMV-Vorstand während der NS-Diktatur nie erwogen, seinen Mitgliedern die befreiende Vereinsauflösung vorzuschlagen. Die Realisierung eines derartigen Beschlusses wäre rechtlich und praktisch äußerst schwierig gewesen, wenn der Verein nicht Gefahr laufen wollte, seinen kostbaren Besitz zu verlieren. Der § 16 der Satzung vom 14. Mai 1930 bestimmte unzweideutig:

„Nach der Auflösung des Vereins gehen alle bis dahin den Staatlichen Museen überlassenen Kunstwerke in das Eigentum derjenigen Abteilungen der Staatlichen Museen über, zu deren Förderung der Verein berufen ist.“

Der Vorstand reagierte auf den sich nach 1935/36 verschärfenden polizeilichen und ministerialen Druck lediglich taktisch. Vorstandsmitglieder traten der NSDAP, ihren Gliederungen sowie den der Partei angeschlossenen Verbänden bei. Die Neuaufnahmen beschränkten sich bewusst auf Persönlichkeiten wie Stauf, Heinkel und Kreis, die dem Regime dienten oder sich von ihm, wie Robert von Mendelssohn jr., instrumentalisieren ließen. Der Opportunismus und die Dienstbefissenheit mündeten am 8. Juni 1938 in die erzwungene Zusicherung, dass dem KFMV „keine Juden mehr angehören“. Eine gravierende Selbsttäuschung beförderte diese Willfährigkeit. Sie beruhte vorrangig auf den Annahmen, dass die zahlreichen persönlichen Beziehungen und die Hinneigung des Vorsitzenden zum Regime sowie die antirepublikanischen Einstellungen des „gereinigten“ KFMV ausreichend stark seien, um sich einen Freiraum zu erhalten zu können.

Einzelne Aktivitäten des Vorstands könnten als Versuche einer Haltung verstanden werden, die vom Regime als „jüdisch“ bezeichneten Vereinsmitglieder zu schützen. So gewährte die Geschäftsführung dem NS-Regime keinen Einblick in die Akten und verzichtete auf ein nach konfessionellen Kriterien gestaltetes Verzeichnis ihrer Mitglieder. Für diese Strategie spricht am stärksten die Unterschlagung der jüdischen Personen mit „immerwährender Mitgliedschaft“. In der von der Exekutive angeforderten Aufstellung täuschte der Vorstand die verlangte „Judenreinheit“ vor. Die zu jener Zeit intensivierten Kriegsvorbereitungen verschoben die Prioritäten der Verwaltung, sodass sie eine Überprüfung unterließ. Schriftführer und Vorsitzender zwangen die sogenannten jüdischen Mitglieder wahrscheinlich nicht per postalisch zugestelltem Vordruck zum Austritt, doch legten sie beide ihren Austritt in Gesprächen und mit Hinweisen auf die antijüdischen Maßnahmen der Regierung nahe. Deshalb kann allenfalls eine gewisse situative Resistenz des KFMV angenommen werden, keinesfalls aber ein widerständisches Verhalten. Schmidt-Ott und Zimmermann konnten auf-

grund ihres Auftretens vor und nach 1933 und ihrer antisemitischen Vorurteile, eng verknüpft mit Aversionen gegenüber Demokratie und Parlamentarismus, nicht die Persönlichkeiten sein, die sich gegen die nationalsozialistische Verwaltung und für die verfolgten „Juden“ hätten einsetzen können. Schmidt-Ott hatte sich im Vahlen-Fall und in seinen Denkschriften den Vorstellungen der NSDAP und dem Programm Hitlers zu stark angenähert, hatte nicht gezögert, politisch Missliebige und „Juden“ aus der DFG zu entlassen, und war damit auch in der Öffentlichkeit so bekannt geworden, dass NSDAP und Ministerium ihn auch nicht als gewichtigen Kontrahenten zu irgendeinem Zeitpunkt hätten wahrnehmen können.⁴⁹ Führende Persönlichkeiten des KFMV besaßen NS-Mitgliedskarten, dienten dem Regime auf hoher Ebene, verblieben in Aufsichtsräten wie dem von *IG-Farben*, die in NS-Verbrechen und Zwangsarbeit direkt verwickelt waren. Die Kollaboration hatte der Verein nach dem 8. Juni 1938 endgültig vollzogen. Die Dokumente aus der Folgezeit enthüllen eine Vorstandstätigkeit im Zwielficht, in dem eine von Besorgnis und Furcht bestimmte Atmosphäre herrschte.

Nach 1945 herrschte in der deutschen Öffentlichkeit, Publizistik und wissenschaftlichen Literatur die Bereitschaft vor, unter die NS-Vergangenheit einen „Schlussstrich“ zu ziehen und sich auf die Herausforderungen des Neubeginns zu konzentrieren. Ebenso wie der Einzelne scheuten sich jahrzehntelang private Unternehmen, staatliche Organisationen oder Vereine davor, unangenehme Sachverhalte unvoreingenommen zu erkunden und sich mit belastenden Erkenntnissen auseinanderzusetzen, die sie befürchteten oder ahnten. Deshalb konnte die Historikerkommission, die seit 2012 die NS-Vergangenheit des Bundesjustizministeriums untersucht, am 10. Oktober 2016 die Öffentlichkeit mit dem Ergebnis überraschen, dass etwa drei Viertel der um 1950 beschäftigten Mitarbeiter eine NS-Vergangenheit hatten.⁵⁰ Im KFMV blieb das Verhältnis zu seinen Mitgliedern jüdischer Herkunft und zum Terrorregime für eine ähnlich lange Zeit ebenso unerwähnt wie der Verlust eines durch gemeinsames mäzenatisches Handeln entstandenen Vertrauens. Auf diese Weise konnte von der Neugründung des Vereins Anfang der Fünfzigerjahre nur sehr begrenzt eine in-

⁴⁹ Winfried Schulze, DFG-Preisträger und Vorsitzender des Wissenschaftsrats, kam in seiner wohlwollenden Würdigung des „Gestalters des deutschen Wissenschaftssystems“ nicht umhin, kritisch festzustellen, dass man bei Schmidt-Ott ein „deutliches Eintreten für die jüdischen Mitglieder der *scientific community*, vor allem für den Mann, mit dem er in den letzten Jahren gemeinsam gearbeitet hatte, für Fritz Haber“ vermisst habe. Man werde „davon ausgehen müssen, dass Schmidt-Otts Neigung zur staatlichen Macht, seine sicher im Laufe der Jahre entwickelte Antipathie gegen demokratische Spielregeln und seine konservative Grundhaltung ihm keine unüberwindbaren Hindernisse zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in den Weg legten“ (Schulze, *Selbstbild*, S. 7 f.).

⁵⁰ Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, *Die Akte Rosenberg*. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit. München 2016.

spirierende und verlässliche Botschaft für die Gegenwart ausgehen. Indem sich der KFMV nicht mit der Tatsache auseinandersetzte, dass er die 1933 zum Problem gewordenen Mitgliedschaft seiner Mäzene jüdischer Herkunft mit der Strategie einer bürokratisch vorgenommenen „Arisierung“ entledige, konnte mit dem Neuanfang kein aufrichtiger, traditionsreicher und wirkungsmächtiger Mahnruf für die Zukunft verknüpft werden.⁵¹ Darin zeigt sich einer der gravierenden Unterschiede zur Gründungsgeschichte des vornehmen KFMV im Kaiserreich und in der Republik, zu dessen Selbstverständnis und ausgeprägtem öffentlichen Erscheinungsbild zweifelsohne seine als „jüdisch“ angesehenen Mitglieder gehörten.

Über ein halbes Jahrhundert lang verschwand hinter den berechtigten Klagen des KFMV-Vorstands über den Verlust von Kunstwerken und über blassen Mitleidsformeln jede genaue Erinnerung an die den Mitgliedern jüdischer Herkunft zugefügte Pein. Es kam nicht einmal zu einer Auseinandersetzung mit den ehemaligen NS-Mitgliedern. Hieß es in dem Entwurf für eine neue Satzung (1951) noch „Die Behandlung von ehem. Mitgliedern der NSDAP oder ihrer Gliederungen in der Vereinsorganisation richtet sich nach den jeweils geltenden Bestimmungen“, so entfiel diese Formulierung später ersatzlos. Veröffentlichungen des KFMV vermischten zwanzig Jahre nach der Wiederbelebung historische Sachverhalte mit Annahmen und Fehleinschätzungen, die Vergangenes rechtfertigen sollten. Die bewusst vorgenommene völlige Verdrängung der „verdunkelten Jahre“ und die Verzeichnung der Umstände, die zur Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit geführt hatten, erlaubten es dem Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums und der Schriftführerin des KFMV, über alles Bedenkliche mit zwei Sätzen hinwegzugehen:

„Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre hatte wesentliche Voraussetzungen eines großzügigen Mäzenatentums zerstört. Die letzte Mitgliederversammlung des Vereins vor dem zweiten Krieg fand im Jahre 1936 statt.“

In den darauf folgenden Absätzen ihrer unkritischen Darlegungen gingen die beiden Autoren sogleich zur Nachkriegssituation über:

„Die Wiederaufnahme der Arbeit des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins nach 1945 fand unter Bedingungen statt, die die Situation nach dem ersten Weltkrieg an Schwierigkeit weit in den Schatten stellte und im Hinblick auf die politische Zukunft zuweilen hoffnungslos erscheinen mußte.“⁵²

⁵¹ „Dieser allgemeine Gefühlsangel“, schreibt Hannah Arendt, „auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äußerliche Symbol einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden“ (Arendt, *Zeit*, S. 44 f.).

⁵² Schoenebeck/Bloch, *Geschichte*, S. 8, 9 und S. 10.

Die Erzählung endete selbstgefällig – „So darf denn der Kaiser-Friedrich-Museums-Verein mit Stolz auf das in der Vergangenheit Geleistete in das letzte Viertel einer hundertjährigen Geschichte gehen“ – und sollte erst vier Jahrzehnte später infrage gestellt werden. Der heute amtierende Vorstand des KFMV hat dessen Geschichte aus eigenem Antrieb souverän zum Thema einer öffentlichen Selbsterkundung gemacht. Er weiß, dass keine Institution seiner Geschichte entkommen kann und dass geschönte Erinnerungen und idealisierende Erzählungen alle Erfolge verkleinern und auch bedeutende Traditionen fragwürdig werden lassen. Mit drei Begriffen möchte ich die selbstkritische und aufrichtige Positionierung des KFMV-Vorstands beschreiben, auf der sein Auftrag, die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur aufzuarbeiten, basiert: Erkundung – Aufklärung – Transparenz.

Für jedes Mitglied des Vereins und die interessierte Öffentlichkeit stellen der souveräne Umgang mit dem Vergangenen und die Übernahme historischer Verantwortung achtbare Werte dar. Sie sind wegen ihrer universalen anthropologischen Dimension allgemein von hoher gesellschaftlicher Bedeutung. Dem Ansehen des Vereins schaden Aufklärung und Transparenz bereits kurzfristig nicht. Diese Feststellung gilt, wie ähnliche Fälle beweisen, selbst dann, wenn durch die vorbehaltlose Erkundung der eigenen Vergangenheit bewusst Verheimlichtes offenbart wird – sei es nur Missliches und Bitteres oder Ehrloses und Unmoralisches, das in die Nähe des Rücksichtslosen oder Charakterlosen rückt. Traditionelle Narrative bevorzugen starre Grenzziehungen zwischen Tätern und Opfern oder zwischen guten und verwerflichen Handlungen. Die Geschichte des KFMV zwischen 1933 und 1945 zeigt zum einen, dass starre Erklärungsmuster für eine Vereinsgeschichte, die vier Regierungssysteme übergreift, untauglich sind, und zum anderen, dass die Empfänglichkeit von Teilen der Mitgliedschaft für eine antidemokratische, autoritäre und nationalsozialistische Programmatik bereits in den Jahren zuvor entstanden war. Auf dieser Grundlage konnte sich nach der Regierungsübergabe an Hitler im Verein sowohl die Bereitschaft zur Anpassung an das Regime ausbreiten als auch zur Gleichgültigkeit, Distanzierung, Missbilligung und Ablehnung von Persönlichkeiten jüdischer Herkunft. Für jene Zeit sind „Opfer“ und „Täter“ meistens zu identifizieren. Für etliche der mental Angepassten oder aktiven Unterstützer ist aber die Täterschaft in vielen, keinesfalls jedoch in allen Situationen unzweideutig zu bestimmen.

Memoria vermag langfristig nach innen integrierend zu wirken. Sie verleiht dem Vereinsleben eine weitere und höhere Qualität, sodass sie die soziale Struktur stabilisieren dürfte. Hinzu kommt, dass die nicht von außen erzwungene Selbstreflexion des KFMV seine Wertschätzung im urteilssicheren Teil der Öffentlichkeit steigern und als erster Beitrag zu dem größeren Thema der kritischen Vergangenheitsbearbeitung von Archiven, Museen, Sammlungen, Galerien und Bibliotheken in Berlin begrüßt werden wird.

H. Anhang

1. Hauptdaten zur Vereinsgeschichte, 1886/1896–1955

Deutsches Kaiserreich

- 1886/87 Baubeginn für das *Renaissance-Museum* (später: *Kaiser-Friedrich-Museum*; heute: *Bode-Museum*).
- 1895 Bode, Direktor der *Gemäldegalerie* und der *Skulpturensammlung*, plant die Gründung einer Mäzenen-Gesellschaft und erhält 1894/95 die ersten Zuwendungen.
- 1896 Der erste Ankauf ist laut „Erstem Inventar“ das 1895 für 80.000 M. erworbene Tafelbild „Estienne Chevalier mit seinem Patron“.
- April 28. Bode initiiert die Gründung des *Museums-Vereins* (21 Mitglieder).
- Dez. 31. Wilhelm II. lässt seinen Beitritt erklären; der *Museums-Verein* (44 Mitglieder) nimmt sein „vorläufiges Statut“ an.
- 1897 Jan. 20. Der *Museums-Verein* akzeptiert das von seiner Kommission abgeänderte Statut und benennt sich bei unveränderten Zielsetzungen in *Kaiser Friedrich-Museums-Verein in Berlin* um.
- Juni 16. Ein „Allerhöchster Erlaß“ des Kaisers verleiht dem KFMV die Rechte einer juristischen Person.
- 1899 Bruno Güterbock übernimmt das Amt des Schriftführers (von 1902 an übt er es aus); Fritz Sarre und James Simon sind seine Stellvertreter.

Weimarer Republik

- 1919 April 1. Die Vereinskasse enthält 250.000 M.
- 1920 Hauptversammlung: Bode wird zum Vorsitzenden gewählt.
- 1925 Mai 26. Hauptversammlung: Der Verein hat 91 Mitglieder; davon sind 26 immerwährende und 65 jährlich zahlende Personen.
- 1928 März 5. Güterbock wird zum 70. Geburtstag mit einer Festschrift geehrt.
- 1929 30. a. o. Hauptversammlung: 107 Mitglieder; Schmidt-Ott folgt Bode († 1.3.1929) im Vorsitz.
- 1930 Mai 14. 33. Hauptversammlung beschließt die Änderung der Statuten („Satzung“).

- 1931 Juni 26. 34. Hauptversammlung: 94 Mitglieder; davon sind 17 immerwährende und 77 jährlich zahlende Personen; pro Jahr gehen rund 22.000 RM ein.

NS-Diktatur

- 1933 April 1. Minister Rust (NSDAP) wird rückwirkend als Mitglied im KFMV aufgenommen.
- 1934 Mai 1. Hitler überträgt Rust das *Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung*; das Ressort „Bildende Kunst“ wird an Goebbels ausgegliedert.
- Aug. 17. Ernst Hanfstaengel, Direktor der Nationalgalerie, gehört zu den Mitunterzeichnern einer Ergebenheitsadresse an Hitler.
- 1936 Mai (?) Hauptversammlung. – Sie wird 1950 vom Vereinsvorstand als letzte Mitgliederversammlung deklariert; die Vorstände müssen ihren Eintritt in die NSDAP und angegliederte Verbände offenlegen.
- Nov. 3. Güterbock kündigt dem Vorstand zum zweiten Mal an, sein Amt als Schriftführer niederlegen zu wollen.
- Nov. 19. Zimmermann gibt in einem Brief an Schmidt-Ott zu bedenken, „ob man Herrn Dr. von Simson als stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Dr. Kempner als Mitglied des Vorstandes belassen“ könne.
- 1937 März 13. Winkler übernimmt zwar von Güterbock „Kasse und Akten“, doch Güterbock erhält nach wie vor eine Vergütung als Schriftführer und amtiert mindestens bis Ende Dezember 1937.
- Mai 19. Aktennotiz: Zimmermann habe sich „nicht gerührt, um das Schriftführeramt zu übernehmen“, auch Schmidt-Ott habe „nichts mehr [von sich] hören lassen, so dass die Geschäfte des Vereins vollständig ruhen“.
- 1938 Erwerb der *Anbetung des Kindes* (Oberbayern um 1440/50; 9.000 RM).
- Jan. 6. Letztes Bankgeschäft des KFMV mit *Mendelssohn & Co.*

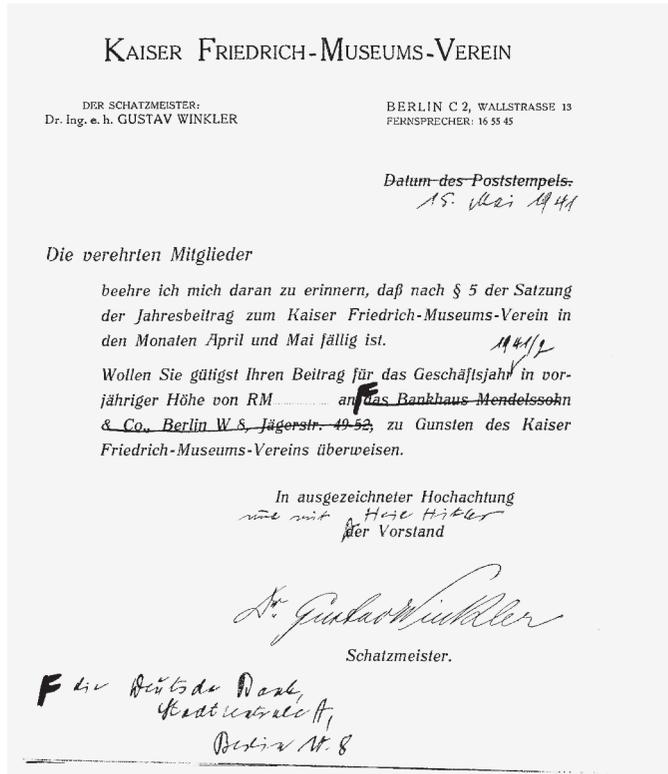


Abb. 16: Mahnschreiben – Die gestrichene Bankverbindung war seit 1938 ungültig

- Mai 2. Anfrage des Vorstands betr. „arischer Abstammung“ zweier Bankiers.
20. Zimmermann teilt Schmidt-Ott mit, die Mitglieder seien „sehr zusammengeschmolzen“; bittet um Zustimmung, die „nichtarischen [...] lebenslängliche[n] Mitglieder [...] als ausgeschieden“ anzusehen.
31. Mulert droht für den Fall mit seinem Austritt, dass der KFMV nicht „judenrein“ sei.
- Juni 1. Schmidt-Ott informiert per Rundschreiben, jedes Mitglied müsse ein Deutscher i. S. des Reichsbürgerrechts sein.
- 6.(?) Die Hauptversammlung bestätigt in einer Wahl den offenkundig „judenreinen“ Vorstand von 1936/37 für eine weitere Amtsperiode.

Bundesrepublik Deutschland

- 1950 Juni 18. Magistrat von Berlin erlaubt Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit.
- 1951 März 14. Feststellung des *Senators für Volksbildung*, der *KFMV* sei „niemals aufgelöst worden“ und bestehe rechtlich weiter.
- Mai 5. Eine a. o. Hauptversammlung (7 Mitglieder sind anwesend) endet mit den notariell beglaubigten Feststellungen über den satzungskonformen Ablauf und über die ungebrochene Kontinuität der Vereinsgeschäfte.
- 1952 Juni 4. Schmidt-Ott erhält am 92. Geburtstag das *Großkreuz des Verdienstordens*.
- Sept. 11. Eine Ausstellung zur Rückkehr der Kunstwerke nach Berlin wird eröffnet.
- 1954 Juli 1. Die *KFMV*-Denkschrift *Rettet die Berliner Museen* erscheint: „Die Berliner Museen von allen Fesseln zu befreien und dadurch ihre weltweite Wirkung und wissenschaftliche Tätigkeit wieder zu ermöglichen, ist ein nationales Interesse.“
- 1955 Sept. Die DDR verlangt die Rückgabe des verlagerten Museums- und Bibliotheksguts aus dem „ehemaligen Preußischen Kulturbesitz“ an die in „Ostberlin beheimateten rechtmäßigen Besitzer“.
- Nov. 1. Hauptversammlung: 12 neue Mitglieder (insges.: 36); finanzielles Defizit; vorläufige Regelung der Verw. des Kulturbesitzes des ehem. Landes Preußen tritt in Kraft (§ 7 Rückführung der Kulturgüter nach Berlin).
19. Zimmermann bestätigt Albert und von Schoenebeck schriftlich, dass der Verein „in der Zeit von 1936 bis Kriegsende [...] laufend tätig gewesen“ sei.

2. Vorstände und Beigeordnete, 1930–1951

1930

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Hans von Raumer	stellvertretender Vorsitzender (bis Ende 1931)
Ernst von Simson	stellvertretender Vorsitzender (seit 26.8.1932)
Franz von Mendelssohn	Schatzmeister
Paul von Schwabach	stellvertretender Schatzmeister
Bruno Güterbock	Schriftführer
James Simon	stellvertretender Schriftführer

Ohne Angabe einer Funktion sind beigeordnet:

Richard von Kühlmann, Jakob Goldschmidt, Paul Kempner, James Simon (bis 23.5.1932), Hans Fürstenberg (26.8.1932), Ernst von Simson (bis 25.8.1932), Max Friedländer, Theodor Demmler.

1936

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Ernst von Simson	stellvertretender Vorsitzender (nur 1936)
Hermann Schmitz	stellvertretender Vorsitzender
Gustav Winkler	Schatzmeister
Bruno Güterbock	Schriftführer
Hans Fürstenberg	stellvertretender Schriftführer

Ohne Angabe einer Funktion sind beigeordnet:

Paul Kempner, Emil von Stauß, Frh. Thilo von Wilmowsky, Theodor Demmler.

1937

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Hermann Schmitz	stellvertretender Vorsitzender
Gustav Winkler	Schatzmeister (gewählt)
Bruno Güterbock	amtierte weiterhin (mindestens bis zum Jahresende 1937)
Emil von Stauß	stellvertretender Schatzmeister
Heinrich Zimmermann	Schriftführer
Theodor Demmler	stellvertretender Schriftführer

1938

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Hermann Schmitz	stellvertretender Vorsitzender
Gustav Winkler	Schatzmeister
Emil von Stauß	stellvertretender Schatzmeister
Heinrich Zimmermann	Schriftführer
Theodor Demmler	stellvertretender Schriftführer

1940

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Gustav Winkler	Schatzmeister
Emil von Stauß	stellvertretender Schatzmeister (bis 1942 †)
Heinrich Zimmermann	Schriftführer (am 17.1.1940 mit „(?)“ versehen)
Erich Meyer	Schriftführer (seit 1940?; zumindest 1943/44)

Ohne Angabe einer Funktion ist beigeordnet:

Fhr. Thilo von Wilmowsky

1951

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Heinrich Zimmermann	Schriftführer
Gustav Winkler	Schatzmeister

1953

Friedrich Schmidt-Ott	Vorsitzender
Maximilian Müller-Jabusch	stellvertretender Vorsitzender
Gustav Winkler	Schatzmeister (bis 1954 †)
Felix Theusner	stellvertretender Schatzmeister
Heinrich Zimmermann	Schriftführer
Heinrich F. Albert	stellvertretender Schriftführer

Ohne Angabe einer Funktion sind beigeordnet:

Max Friedländer, Fritz Wilhelm Stein, Kurd Vogelsang.

3. Archiv-, Quellen- und Literaturverzeichnis

Archive und Sammlungen

Amtsgericht Charlottenburg. Berliner Registergericht.
Arbeitsstelle für Kommunikationsgeschichte und interkulturelle Publizistik, Freie
Universität Berlin, Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichtswissenschaften.

Bundesarchiv, Berlin und Koblenz.
Institut für Zeitgeschichte: Archiv, München.
Geheimes Staatsarchiv. Preußischer Kulturbesitz, Berlin.
Kaiser Friedrich Museumsverein, Berlin.
Landesarchiv Berlin.
Staatsbibliothek zu Berlin. Preußischer Kulturbesitz: Zeitungsabteilung.
Steinschulte, Edmund: Sammlung, Wiesbaden.
Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin: III/KFMV.

Editionen, Dokumentationen und Literatur

Andrae, Walter: Lebenserinnerungen eines Ausgräbers. Berlin 1961 (Neudruck 1988).
Arendt, Hannah: Zur Zeit. Politische Essays. Berlin 1986.
Auer, Grethe [-Güterbock]: Wenn ich mein Leben betrachte ... Wien – Bern – Marokko – Berlin. Erinnerungen. Berlin 1995.
Baensch, Tanja u. a. (Hg.): Museen im Nationalsozialismus. Köln 2016.
Benz, Wolfgang u. a. (Hg.): Kunst im NS-Staat. Berlin 2015.
Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, hg. von Werner Röder/Herbert A. Strauss. 4 Bde. München 1983.
Bode, Wilhelm von: Mein Leben, hg. von Thomas W. Gaechtens/Barbara Paul. 2 Bde. Berlin 1997.
Briel, Cornelia: Beschlagnahm, erpresst, erbeutet. Berlin 2013.
Crüwell, Konstanze: Worte sind im Museum so überflüssig wie im Konzertsaal. Frankfurt am Main 2015.
Dorrmann, Michael: Eduard Arnhold (1849–1925). Berlin 2002.
Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Stuttgart 2008.
Frey, Manuel: Macht und Moral des Schenkens. Berlin 1999.
Fritz Bauer-Institut (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 2000.
Girardet, Cella-Margaretha: Jüdische Mäzene für die Preußischen Museen zu Berlin. Frankfurt am Main 1997.
Grabowski, Jörn/Petra Winter (Hg.): Zwischen Politik und Kunst. Köln 2013.
Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. München 1999.
Hansen, Walter: Neue Zielsetzungen und Wertungen in der Deutschen Kunst des Dritten Reiches. Hamburg 1936.
Hepp, Michael (Hg.): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933–45 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. Bd. 2: Namensregister. München 1985.

- Justi, Ludwig: Werden – Wirken – Wissen, hg. von Thomas W. Gaetgens/Kurt Winkler. 2 Bde. Berlin o.J. [2000].
- [Kaiser-Friedrich-Museum]: Rettet die Berliner Museen. Berlin 1954.
- Ders.: 100 Jahre Mäzenatentum. Die Kunstwerke des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins Berlin, hg. von Kathrin Höltge. Berlin o.J. [1997].
- Ders.: Tradition, Leidenschaft, Kunstverstand. Frankfurt am Main 2006.
- Klemperer, Victor: „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten.“ Tagebücher 1933–1945, hg. von Walter Nowojski. 2 Bde. Berlin 1995.
- Knopp, Werner: Einst und jetzt. In: Kaiser-Friedrich-Museums-Verein Berlin (Hg.): Tradition, Leidenschaft, Kunstverstand. Frankfurt am Main 2006, S. 10–18.
- Kratz-Kessemeier, Kristina: Kunst für die Republik. Berlin 2008.
- Kuhrau, Sven: Der Kunstsammler im Kaiserreich. Kiel 2005.
- Maaz, Bernhard/Petra Winter (Hg.): Kunst-, Welt- und Werkgeschichten. Die Korrespondenz zwischen Hans Posse und Wilhelm von Bode von 1904 bis 1928. Köln 2012.
- Mathieu, Thomas: Kunstauffassungen und Kunstpolitik im Nationalsozialismus. Saarbrücken 1997.
- Matthes, Olaf: James Simon. Mäzen im Wilhelminischen Zeitalter. Berlin 2000.
- Mertens, Lothar: „Nur politisch Würdige“. Die DFG-Forschungsförderung im Dritten Reich. Berlin 2004.
- Meyer, Andrea: In guter Gesellschaft. Der Verein der Freunde der Nationalgalerie Berlin von 1929 bis heute. Berlin 1998.
- Oertel, Robert: Siebzig Jahre Kaiser-Friedrich-Museums-Verein. In: Jahrbuch der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 4 (1966), S. 123–129.
- Reichsgesetzblatt. Teile 1 und 2. Berlin 1871–1945.
- Rheinheimer, Vivian J.: Herbert M. Gutmann. Leipzig 2007.
- Rürup, Reinhard: Kontinuität und Diskontinuität der „Judenfrage“ im 19. Jahrhundert. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Sozialgeschichte heute. Göttingen 1974, S. 388–415.
- Ruppert, Wolfgang (Hg.): Künstler im Nationalsozialismus. Köln 2015.
- Saalmann, Timo: Kunstpolitik der Berliner Museen 1919–1959. Berlin 2014.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. Wiesbaden 1952.
- Schmitz, Thomas: Die deutschen Kunstvereine im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Neuried 2001.
- Schoenebeck, Anna von/Peter Bloch: Zur Geschichte des Kaiser Friedrich-Museums-Vereins. In: Kaiser Friedrich-Museums-Verein: Erwerbungen 1897–1972. Berlin 1972.
- Schultz, Bernd (Hg.): James Simon. Philanthrop und Kunstmäzen. München 2006.

- Schulze, Winfried: Selbstbild und Fremdbild. Friedrich Schmidt-Ott, ein Gestalter des deutschen Wissenschaftssystems. In: *Forschung 1* (2005), S. 1–8.
- Schunk, Gisela: Wilhelm Waetzoldt. In: *Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz* 30 (1993), Berlin 1994, S. 407–491.
- Sösemann, Bernd: Ideologen versus Idealisten. In: *SMB* (Hg.), *spk-magazin „Zerstörte Vielfalt“*, Berlin 2013, S.18–21.
- Ders./Marius Lange (Hg.): *Propaganda. Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur*. 2 Bde. Stuttgart 2011.
- Ders.: (Hg.): *Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*. München 2002.
- Ders.: *Jenseits von Partei und Parlament*. Walther Rathenaus „aufbauende Ideopolitik“ in der „Deutschen Gesellschaft 1914“. In: Hans Wilderotter (Hg.): *Die Extreme berühren sich*, Berlin 1993, S. 169–178.
- Ders.: *Der Verfall des Kaisergedankens im Ersten Weltkrieg*. In: John C. G. Röhl (Hg.), *Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte*, München 1991, S. 145–170.
- Speer, Albert: Wilhelm Kreis. In: *Die Kunst im Deutschen Reich (Die Baukunst)* 7, 1943, S. 41–49.
- Wilhelm, Gernot: *Zwischen Tigris und Nil*. Mainz 1998.
- Troeltsch, Ernst: *Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 14: *Spectator-Briefe und Berliner Briefe*, hg. von Friedrich-Wilhelm Graf u. a. Berlin 2015.
- Vaupel, Elisabeth/Stefan L. Wolff (Hg.): *Das Deutsche Museum in der Zeit des Nationalsozialismus*. Göttingen 2010.
- Vierhaus, Rudolf/Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft*. Stuttgart 1990.
- Walk, Joseph (Hg.): *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*. Heidelberg 21996.
- Wehry, Katrin: *Kaiser Friedrich III. (1831–1888) als Protektor der Königlichen Museen. Skizze einer neuen Kulturpolitik*. Berlin 2013.
- Wilhelm, Gernot: *Zwischen Tigris und Nil*. Mainz 1998.
- Zuschlag, Christoph: *„Entartete Kunst“*. *Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland*. Worms 1995.

4. Abbildungsnachweis

- | | |
|-----------------------------|---|
| Abb. Auf dem Umschlag | Kaiser Friedrich-Museums-Verein, Berlin. |
| Abb. 2, 6, 11–17 | Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin. |
| Abb. 7 und 10 | DFG- und Privatbesitz. |
| Alle weiteren Bilddokumente | Arbeitsstelle zur Kommunikationsgeschichte und interkulturelle Publizistik, Freie Universität Berlin. |

Zum Autor

Prof. Dr. Bernd Söseman leitete die „Arbeitsstelle für Kommunikationsgeschichte und interkulturelle Publizistik“ am Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichtswissenschaften der Freien Universität Berlin. Er ist Mitglied der „Berliner Wissenschaftlichen Gesellschaft“ und veröffentlichte u.a. Bücher und Aufsätze zur NS-Diktatur.

Zur Publikation

Das Jahr 1933 brachte auch für den seit 1896 mäzenatisch tätigen Berliner Verein einschneidende Veränderungen mit sich. Der „Kaiser Friedrich-Museums-Verein“ geriet alsbald ins Visier der Nationalsozialisten, weil über die Hälfte seiner Mitglieder jüdischer Herkunft waren. Wie haben sich der Vorstand und die Mitgliedschaft den ideologischen Herausforderungen gegenüber verhalten? Erstmals werden hier die Vorgeschichte der zwölf, bislang verdunkelten Jahre sowie die Anpassungsversuche des Vorstands an das Regime quellennah und kritisch untersucht. Dabei steht das schwere Schicksal der jüdischen Mitglieder im Mittelpunkt der Darstellung.

ISBN 978-3-86965-303-7 · € 14,80



EditionAndreae